

Annoncen:
Annahme-Bureaus:
In Posen bei
Hrn. Knapski (C. H. Ulrich & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt- u. Friedrichstr. Ecke 4;
in Gräf b. Hrn. L. Streissand;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig,
Hamburg, Wien und Basel:
Haasenstein & Vogler.

Posener Zeitung.

Dreiundsechzigster Jahrgang.

Annoncen:
Annahme-Bureaus:
In Berlin,
Wien, München, St. Gallen:
Rudolph Mosse;
in Berlin:
A. Klemmer, Schloßplatz
in Breslau,
Kassel, Bern u. Stuttgart:
Sachs & Co.;
in Breslau: A. Jenke;
in Frankfurt a. M.:
S. L. Danke & Co.

Mr. 31.

Montag, 7. Februar

Inserate 14 Sgr. die fünfgehaltene Zeile oder
deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher,
find an die Expedition zu richten und werden für
die an demselben Tage erscheinende Nummer nur
bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1870.

Amtliches.

Berlin, 5. Februar. Se. M. der König haben im Namen des Norddeutschen Bundes den bisherigen königlich preußischen General-Konsul Hrn. Alphons v. Rothchild zu Paris zum General-Konsul des Norddeutschen Bundes und den bisherigen königlich preußischen Konsul Dr. Felix Bamberg zu Paris zum Konsul des Norddeutschen Bundes derselbst zu ernennen geruht.

Se. M. der König haben im Namen des Norddeutschen Bundes den bisherigen königlich preußischen Konsul Chr. A. Greighton zu Halifax zum Konsul des Norddeutschen Bundes derselbst zu ernennen geruht.

Se. M. der König haben im Namen des Norddeutschen Bundes den Kaufmann F. Zierlitz zu Coquimbo (Chile) zum Konsul des Norddeutschen Bundes derselbst zu ernennen geruht.

Die Versammlung der nationalliberalen Vertrauensmänner.

Berlin, 6. Febr. Zu der auf gestern Abend anberaumten Parteiversammlung der Nationalliberalen hatten sich trotz der ungewöhnlichen, seit einigen Tagen herrschenden Kälte eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Gefinnungsgenossen aus Nah und Fern zusammengefunden. Die Versammlung, welche Hr. v. Bennigsen gegen 7 Uhr Abends, mit einer längeren Ansprache eröffnete, mochte gegen 200—250 Mitglieder zählen, außer den preußischen Provinzen waren auch Hamburg, Bremen, Lübeck, Braunschweig, Sachsen, die thüringischen Staaten vertreten, gewissermaßen von der Mainbrücke, Gruß und Kunde zu bringen von Süddeutschland, war als lieber Gast Hr. Bamberger aus Mainz erschienen. Hr. v. Bennigsen wies in seinen einleitenden Worten auf die schwierige und mühsame Stellung der nationalliberalen Partei hin, die den Angriffen von rechts und links in Folge ihrer ganzen Stellung ausgesetzt sei. Für sie sei eine tüchtige innere Organisation um so mehr Lebensfrage, als sie es mit Gegnern zu thun habe, die ihr darin unendlich überlegen seien, namentlich befassen die Klerikalen, die Hauptgegner, eine feste Organisation durch die Organe der Kirche, deren Einfluss bis auf jedes Dorf hineinreiche, und nicht minder seien die Konservativen durch ein Klassenbewußtsein, und Kameraderie mit einander verbunden, welches ihnen eine äußerst günstige und starke Stellung verleihe. Hr. v. Bennigsen verwies dann noch auf die Wichtigkeit der nächsten Wahlen. Eine konservative Mehrheit werde eine der gefährlichsten Versuchungen für die Regierung sein, wieder in die Politik von 1866 zurückzukehren und diese von ihr fern zu halten, sei um so dringender geboten, je fester wie alle überzeugt seien, daß bei der Fortdauer der herrschenden Missstände in der inneren preußischen Politik an eine gedeihliche nationale Entwicklung nicht zu denken sei.

Es folgte nun das Referat des Hrn. v. Unruh über den in dem Einladungsschreiben entworfenen Organisationsplan für die nationalliberale Partei, woran sich eine längere Debatte knüpfte, welche schließlich folgende hauptsächlichste Beschlüsse veranlaßte: für die politische Leitung der Partei wird ein Landesausschuss gewählt, zu welchem jede preußische Provinz und jedes andere Land bis zu 5 Mitgliedern stellt. Eine Überschreitung dieser Ziffer ist, wenn sich dieselbe im einzelnen Fall als wünschenswert und nothwendig herausstellt, zulässig. Der geschäftsführende Vorstand soll aus einer Zahl bis zu 15 Mitgliedern bestehen, es wurde dabei in Betracht gezogen, daß es wünschenswert sei, auch auswärtige Mitglieder dem Vorstand, der seinen Sitz in Berlin hat, beizugestellen. Besonderes Gewicht wurde auf die Beschaffung von Vertrauensmännern gelegt und empfohlen, daß die Parteifreunde in jedem Reichstagswahlbezirk sich die Bildung von Organisationen zur Wahl von Vertrauensmännern angelegen sein lassen möchten. Zunächst wird eine Liste der geeigneten Personen aus der gemeinsamen Berathung der zu dieser Versammlung anwesenden Genossen aus den einzelnen Provinzen und Norddeutschen Staaten hervorgehen. Für den Landesausschuss ward eine 3jährige, für den Vorstand eine einjährige Dauer festgesetzt. Letzterer wird, um möglichst wenig Zeit zu verlieren, schon heute direkt von der Versammlung gewählt werden. Der Umweg, denselben erst nach vollzogener Bildung von Provinzial-Komites aus denselben hervorgehen zu lassen und überhaupt die Organisation von unten aufzubauen, wurde zwar von einigen Seiten in Anregung gebracht aber wegen der drängenden Zeit abgelehnt. Die Bildung von Provinzial- und lokalen Komites bleibt demnach der lokalen Vereinstätigkeit überlassen. Die geschaffene Zentralstelle zur oberen Leitung wird sich übtigen, die Erfahrungen früherer Jahre zu Nutze mache, vor allen Oktoptungen hüten, und nur fördernd, Auskunft gebend und aushelfend der Parteitätigkeit zur Seite stehen. Durch die Herstellung einer festen Verbindung über ganz Norddeutschland wird es ihr möglich sein, die Verhältnisse der einzelnen Landesteile, ihre Bedürfnisse, sowie auch die Taktik der Gegner besser kennen zu lernen und danach das eigene taktische Verfahren zu bemessen und einzurichten. Dies darf als ein Hauptzweck der getroffenen Einrichtung bezeichnet werden. Ein anderer wesentlicher Zweck, die Beschaffung der nötigen Geldmittel, wurde sofort durch eine Subskriptionsliste in Angriff genommen, die sich bald mit einer Reihe ansehnlicher Beiträge bedeckte. Wir erwähnen noch, daß der Abg. Lasker über das Verhältniß zu anderen liberalen Parteien in Norddeutschland in entschieden versöhnlichem Sinne Bericht erstattete. Er hob hervor, daß es möglich sei, bestimmte Regeln für jeden Kreis aufzustellen,

dass aber hinzuwirken sei, auf einen versöhnlichen Geist, damit die Liberalen gemeinsam handelten und die loyale Berücksichtigung der Interessen der gesammten Partei nie aus den Augen verlöre.

Bamberger erstattete unter vielem Beifall einen Bericht über die karlsruher Zusammenkunft, wobei er namentlich die glücklichen in Baden bestehenden Verhältnisse mit lebhaften Farben schilderte. Er bedauerte nur, daß der von Kiefer beantragte Anschluß an die nationalliberale Partei in Norddeutschland in Folge der Einwendungen Bluntschlis nicht zum Beschlusß erhoben worden sei, indem er gleichzeitig das Unzutreffende der geltend gemachten Bedenken kritisierte, da es in Süddeutschland nichts gebe, was der preußischen Fortschrittspartei entspreche und da man, soweit es sich um die Volkspartei handele, kein Mitglied derselben jemals dadurch gewinnen würde, daß man den Standpunkt, den man zu den Parteien in Norddeutschland einnehme, im Unklaren oder Uneutschiedenen lasse. Diese Spekulation, meinte der Redner, sei eine ganz verfehlte. Er erinnerte an den Ausspruch: wer eine Fahne in die Tasche steckt, hat nur ein Taschenstück, aber man kann auch ein Taschenstück zur Fahne machen, wenn man es offen entfaltet und an die Stange steckt (lebhafter Beifall). Schließlich legte Lasker noch in einigen großen Zügen den Standpunkt der Partei zur sozialen Frage, unter besonderer Bezugnahme auf die jüngsten Vorgänge in Waldenburg, dar. Die Versammlung löste sich dann nach etwa vierstündigen Debatten auf, die einzelnen Mitglieder bleiben aber noch längere Zeit in angeregten Gesprächen versammelt.

Das heutige Festmahl der Nationalliberalen war, wie telegraphisch mitgetheilt wird, von etwa 300 Mitgliedern besucht. Oberbürgermeister Winter aus Danzig, Bennigsen, Wallachs (Flensburg) brachten dem preußischen Staat, Forckenbeck den süddeutschen Parteigenossen, Lasker der Presse Hochs.

Deutschland.

Berlin, 6. Febr. [Zur Vertagung des Landtages. Hr. v. Mühlner. Petition in Angelegenheit der tilsit-memeler Bahn. Statistische Konferenz.] In Magistratskreisen ist nun einstimmig über den Widerspruch des Herrenhauses gegen die Vertagung des Landtages und man scheint sich in denselben auch nicht der Hoffnung hinzugeben, als ob es gelingen würde, diesen Widerspruch zu beseitigen. Die Herrenhauskommission ist heute zusammengerufen und es heißt, sie beantragen in der That Ablehnung des Regierungsvorschlags, doch ist Gewisses über den Ausgang der Kommissionserhandlung nicht bekannt. Ob die Regierung sich zur Verufung einer außerordentlichen Landtagssession, wovon die Rede war, entschließen wird, steht dahin, so viel aber ist sicher, daß Graf Bismarck nach wie vor die Erledigung der Kreisordnung und der Hypothekengesetze vor den Neuwahlen für unerlässlich hält. — Nach der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses, in welcher selbst die Abg. Biel und Wantrup gegen den Kultusminister sprachen, erinnerte man sich in Abgeordnetenkreisen daran, daß der Rücktritt des früheren Finanzministers v. d. Heydt sich an den Moment knüpfte, in welchen die Konservativen ihn den Rücken kehrten und man will daraus eine Analogie für das Schicksal des Hrn. v. Mühlner herleiten, indem man annahm, daß er nach den gestern gehörten Reden wohl selbst seine Entlassung zu fordern nicht würde umhin können; die Annahmen gestalteten sich sogar zu allerlei positiven Gerüchten, doch ist kaum anzunehmen, daß dieselben mehr Anhalt haben, als alle ihre Vorgänger. — Die an dieser Stelle gegebene Nachricht von dem beabsichtigten Vorgehen der Königsberger Kaufmannschaft zu Gunsten der tilsit-memeler Eisenbahn ist inzwischen zur Wahrheit geworden. Die Ansprüche jener Kaufmannschaft an die zustehenden Ministerien sind kurz und energisch gehalten und betonen die dringende Nothwendigkeit, einem offenen Notstande durch den Bau der Bahn abzuholzen. Die Mehrzahl der Städte der Provinz Preußen hat sich dem Schritte der Kaufmannschaft angeschlossen. In der gedachten Provinz hat es Aufsehen erregt, daß bei der Erörterung über die Angelegenheit im Abgeordnetenhaus der frühere Oberpräsident v. Eichmann und der Reg.-Präsident v. Ernsthausen sich gänzlich schweigend verhalten haben. Um so mehr berührt es in der Provinz wohlthuend, daß sowohl der Oberpräsident v. Horn, als der kommandirende General v. Manteuffel sich in direkten Vorstellungen um Förderung der Angelegenheit und unter Betonung der Übereinstimmung aller Parteien des Abgeordnetenhauses in derselben an den König gewendet haben. — Die jetzt hier tagende statistische Konferenz wird Mitte oder Ende der nächsten Woche schließen, nachdem ihre Tätigkeit am 12. Januar begonnen und seitdem täglich 2—3 Sitzungen in Anspruch genommen hatte. Die Bevölkerungsstatistik ist soeben abgeschlossen und es bleibt nur noch die Bewegung der Bevölkerung und der Handelsstatistik zu erledigen.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Bernhardi, Vertreter des Wahlkreises Ziegenhain-Fritzlar-Homberg, hat sein Mandat niedergelegt. — Die chinesische Gesandtschaft hat mit dem Erfinder des neuen Zündmessers-Gewehrs, Herrn L. Meyhöfer, während ihres hiesigen Aufenthalts über die Anfertigung von 20,000 Gewehren nach diesem System, bez. über den Anlauf der Gründung verhandelt, für letztere fordert Herr Meyhöfer 200,000 Pf.

Mit der fortschreitenden Entwicklung der Marine haben sich die Geschäfte des Marine-Ministeriums derartig vermehrt, daß die Kreirung einer neuen Delegiertenstelle vom 1. Januar 1870 ab unabsehbar

geboten war. Ebenso hat die Kreirung der ganz neuen Stelle eines Schiffbau-Konstrukteurs erfolgen müssen, deren Bedürfnis schon seit Jahren vorlag, jetzt aber um so dringender geworden war, als durch den nunmehr beginnenden Bau von Panzerschiffen im Inlande, neben den übrigen Bauten eine solche Menge darauf bezüglicher Arbeiten im Marine-Ministerium zu bewältigen ist, daß der Dezerent für Schiffbau die unmittelbare Leitung derselben neben seinen übrigen umfangreichen Geschäften nicht übernehmen konnte. Es ist deshalb ein prinzipsalter für jene Arbeiten verantwortlicher Beamter erforderlich gewesen, der die Stellung eines Hilfs-Dezernenten hat.

Das auf Anordnung des Finanzministers aus amtlichen Quellen zusammengestellte Tabellenwerk, betreffend die Ergebnisse der Grund- und Gebäudesteuer-Veranlagung, ist nunmehr von den sämtlichen Regierungsbezirken der sechs östlichen Provinzen beendet und wird später auch durch den Buchhandel verkauft.

Aus Pelplin, 31. Jan., schreibt man dem „Gr. Ges.“: In der Diözese Kulm werden zwei Geistliche das seltsame Fest des fünfzigjährigen Priesterjubiläums begehen, und zwar am 20. August der hiesige Domherr Pomieczynski, und am 1. Oktober der Pfarrer v. Pomeriki in Rosenthal bei Löbau. Die beiden Veteranen sind auch ihrer Amtszeit nach die ältesten noch in Wirksamkeit stehenden katholischen Geistlichen im Bezirk der Diözese. Der nächstälteste Geistliche des Bistums ist der pensionierte Schulrat Dr. Dittke in Danzig. — Der Pfarrer Franzki aus Möwe hat in Sachen seines Konfliktes mit der Regierung Verhaltungsmäßigkeiten vom hiesigen Bischof erbeten. Er will diese abwarten, ehe er weitere Schritte gegen seine Amtsenthebung als Kreishauptmann bei den höheren Instanzen unternimmt. Bei dieser Gelegenheit wird wohl die Ansicht der bischöflichen Behörde über die vielbereigte Sprachenfrage in den westpreußischen Volksschulen zu Tage treten müssen.

Hamburg, 6. Februar. (Del.) Der Legationsrat Graf Puliga hat dem Senat ein Schreiben zugestellt, wodurch der selbe zum italienischen Geschäftsträger für Hamburg beglaubigt wird.

Karlsruhe, 5. Februar. Die Abgeordnetenkammer nahm das Gesetz über die Personalhaft in bürgerlichen Rechtsachen nach der Fassung der ersten Kammer an. — Die erste Kammer genehmigte die Gesetzentwürfe über einige Abänderungen der Wahlordnung und über die Konfession der Lehrer und Gelehrten-Schulen.

München, 5. Februar. Die heutige Sitzung der Abgeordnetenkammer wird durch den Referenten mit einer Motivierung des Adressentwurfs eröffnet. Fürst Hohenlohe bezeichnet in längerer Rede, welche von vielseitigem Beifall unterbrochen wird, den Kampf im Hause als einen Theil des gegenwärtigen Weltkampfes, welchen die Gegner der Neugestaltung der Staaten, gestützt auf den Absolutismus und die Kirche anstreben. Zur Begründung einer nationalen Verbindung sei gemeinsame Behandlung gewisser Staatsrechte, nicht deren Abtretung erforderlich. Bayerns Aufgabe sei eine höhere, als „zum Glacis Österreichs zu dienen.“ Bayern müsse eine aufrichtige Versöhnung zwischen Österreich und Preußen anstreben; nur diese sei eine Garantie für die Erhaltung des Friedens in Europa. Das sei es, was er im Zollparlament ausgesprochen habe, nicht, wie ihm vorgeworfen, auf fremdem Boden in einer fremden Versammlung, sondern auf deutschem Boden in einer deutschen Versammlung. Hierauf beginnt die Spezialdebatte. — Stiftspropst Döllinger erhielt von 13 Professoren der Prager Universität eine Dankadresse für die männliche Offenheit und Entscheidlichkeit, mit welchen derselbe sich gegen die Dogmatisirung der Unfehlbarkeit des Papstes erklärt habe. Alle Unterzeichner sind strenge Katholiken und fünf von ihnen sind Geistliche.

Deutschland. Wien, 4. Febr. In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses hielt der neue Ministerpräsident Hr. v. Hahner eine Ansprache, in welcher er besonders die Einheit betonte, welche das jetzige Ministerium charakterisire. Indes ist weder die „Presse“, noch die „N. Fr. Pr.“ mit dieser Ansprache zufrieden, in der beide ein bestimmtes Programm vermissen. Wie verlautet, wird das Ministerium zunächst der galizischen Resolution seine Aufmerksamkeit zuwenden und hier wahrscheinlich weitgehende Konzessionen machen. Ebenso wird die Auflösung des thürler Landtages in Berathung genommen werden, zu welchem Zweck bereits der Landeshauptmann von Thüringen, Dr. Grebmer, hier eingetroffen ist. Diesen Maßregeln soll eine durchgreifende Reform des Personalstandes der böhmischen Statthalterei folgen, zu welchem Zwecke der Statthaltereileiter F. M. L. Koller aus Prag hierher beschieden werden soll. — In Prag hat Dr. Brauner die Wahl zum Bürgermeister angenommen.

Frankreich. Paris, 6. Februar. (Del.) Die amtliche Zeitung veröffentlicht ein kaiserliches Dekret vom 5. d., durch welches Leverrier seiner Funktion als Direktor der Sternwarte entbunden und die Verwaltung der legeren vorläufig einer Kommission von drei Mitgliedern anvertraut wird. Weiter wird in dem amtlichen Organe ein Bericht des Ministers des Innern Chevandier publiziert, in welchem vorgeschlagen wird, eine Kommission mit dem Studium der Frage der Gemeindeverwaltung der Stadt Paris zu beauftragen. Der Minister sagt in dem Berichte:

Wenn auch die Einwohner von Paris an der Vermählung der Hauptstadt und an der Leitung ihrer Finanzen teilnehmen müßten, so sei es doch wichtig, daß diese Beteiligung nicht ein verstecktes Mittel werde, um den politischen Leidenschaften zu dienen. Die neue Verfassung der Hauptstadt müsse diejenige praktische Dezentralisation einleiten, welche eine so vorragende Stelle einnehme in den Wünschen des Kaisers, wie in den Grundsätzen der Regierung.

Als Mitglieder der einzuführenden Kommission schlägt der Minister unter Anderen vor: Emile Girardin, Laboulaye, Plichon, Leon Say und den ehemaligen Maire Cochin. Dem Berichte folgt das kaiserliche Dekret, durch welches dasselbe genehmigt wird. — Guizot hat den Vorsitz in der Kommission für das höhere Unterrichtswesen übernommen. — In einem Rundschreiben an die richterlichen Behörden verbietet denselben der Justizminister, aus ihrem Wohnorte nach der Hauptstadt zu kommen und um Beförderung zu bitten. — "Figaro" will wissen, daß Senator Prevost-Paradol für den Gesandtschaftsposten in Washington bestimmt ist. — Ob die Verhaftung Rocheforts vorgenommen werden soll, ist noch nicht bestimmt. Im Ministerrath wird diese Angelegenheit von Neuem geprüft werden. — Hier eingelangten Nachrichten zufolge sind der Erzbischof von Lyon und der Bischof von Nîmes gestorben.

Der gesetzgebende Körper fuhr am 4. Februar in der Debatte über die Interpellationen, betreffend die Handelsmarine, fort. Mehrere Redner verlangten die Abschaffung des Gesetzes von 1868. Jules Simon bezeichnete die Freiheit als das einzige Heil für die Marine. Der Marineminister erklärte, die Untersuchung werde zeigen, ob die aufgestellten Beschwerden begründet seien, ob es ratslich sei, die alten Reglements aufzuheben und eine Freiheit zu gewähren, welche Alles wie in der Politik so auch im Handel belebe und ob eine weise und besonnene Freiheit nicht die bessere Lösung der Frage sei. Die Einschreibung der Seemannschaften (inscription maritime) sei nothwendig zum Schutz des Landes. Er (der Minister) willige darein, die Handhabung derselben zu erleichtern, müsse aber verlangen, das Prinzip beizubehalten. Schließlich wurde beschlossen, eine Spezial-Kommission von achtzehn Mitgliedern einzufügen, welche mit einer Untersuchung über die Handelsmarine beauftragt werden soll. Am 5. Febr. stellte Rochefort die Frage an die Regierung, ob es richtig sei, daß der Kriegsminister befohlen habe, nicht zu gestatten, daß die beiden nach Setif (Algier) geschickten Soldaten sich loslaufen lassen. Der Kriegsminister bejaht die Frage, er habe lediglich von seinem Rechte Gebrauch gemacht, denn wenn die Soldaten einmal in Reich und Glied getreten sind, so können sie nur mit Genehmigung der Kriegsverwaltung losgekauft werden. Der Minister hebt wiederholt hervor, daß er den Soldaten untersagt habe, öffentlichen Versammlungen beizuhören, und daß er bei dieser Praxis auch beharrten werde. Auf eine Interpellation Kératrys erwiedert der Minister des Außenw., daß, nachdem die päpstliche Regierung abgelehnt habe, dem Münzvertrag beizutreten, das in den päpstlichen Münzen geprägte Geld in Frankreich nicht mehr angenommen werden soll.

Spanien.

Madrid. Bekanntlich wurde eine Untersuchung Betreffs der verschwundenen Kroniamanten angeordnet. Dieselbe hat folgende Hauptpunkte festgestellt: 1) Am Tage nach der September-Revolution hat eine Kommission vor drei Notaren und in Anwesenheit der Beamten der abgesetzten Dynastie, welche noch im Alcazar waren, ein Inventarium aller Mobiliar-Gegenstände aufgenommen, welche sich noch in diesem Palaste befanden. 2) Als man das Inventarium der Kronjuwelen aufnahm, dem außer den genannten Personen noch drei Juveliere anwohnten, konstatierte man, daß alle Schmuckästchen, in welchen die Juwelen Isabells II. und ihres Gemahls aufbewahrt wurden, leer waren. Die Bedienten des Palastes erklärten, daß die Ex-Königin und ihr Gemahl alle zu ihrem Gebrauch bestimmten Juwelen mit sich genommen hätten. 3) Man fand nur vor die dem Prinzen von Asturien gehörenden Juwelen, die der königlichen Kapelle und eine gewisse Anzahl von Silberzeug, welches in allen Appartements des Palastes zerstreut war. 4) Man nahm ein genaues Inventarium aller dieser kostbaren Gegenstände auf, sowie der geistlichen Juwelen, welche in der kleinen Kapelle der Kirche von Atocha und im Sakrarium, welche zur Krone gehörten, vorhanden waren. 5) Alle diese Juwelen wurden sofort mit der Beschreibung in der spanischen Bank niedergelegt. 6) Man machte ein spezielles Depot von dem Silberzeug und wählte in diesem Augenblick die kostbarsten Stücke aus, um sie mit den Juwelen des Prinzen von Asturien ebenfalls in der Bank niederzulegen. Ortez de Pinedo, der General-Intendant der Krongüter zieht aus diesen Thatsachen den Schluss, daß die Diamanten entweder von den Beamten der Ex-Königin gestohlen, oder von der Königin Isabella mitgenommen, oder von ihr vor ihrer Abreise in Depot gegeben worden sind. Hierbei ist noch zu bemerken, daß die leeren Schmuckästchen, von welchen oben die Rede ist, größtentheils schon längst ihrer glänzenden Bewohner herabt waren. Das Inventarium, welches man nach dem Tode des Königs Ferdinand, des Gemahls der Königin Christine, vornahm, fand sie schon in diesem Zustande. Man konnte seit jener Zeit auf allen Festen, denen die Königin Christine anwohnte, die prachtvollen Diamanten bewundern, die sie zur Schau trug.

Madrid. 5. Febr. (Tel.) Von unrichteter Seite wird die neuerdings mehrfach von Neuem verbreitete Nachricht, daß zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten Verhandlungen

Ein Diner in einer berliner Volkssküche.

Von Theodor Cößmann.

Es war ein schöner Spätsommermittag, die Luft erfrischend, der Himmel klar und blau, und ich ging im Tiergarten spazieren, in der wohligen Stimmung, die der Dichter in den Worten schildert: „Und nichts zu suchen, das war mein Sinn.“ Ich hatte einen einsamen Weg eingeschlagen, weil ich den Lärm der Menge nicht sehr lieb; plötzlich stieß ich an einen mir entgegen kommenden. Mechanisch nahm ich den Hut ab und sagte höflich ein Wort gedankenloser Entschuldigung, da redete mich der andere mit einer, wie eine Erinnerung aus alter, guter Zeit bekannt klingenden Stimme an: „Ists möglich?“

„Nicht nur möglich, sondern auch gewiß“, sagte ich, „es kommt nur darauf an, was!“

„Bist Du's wirklich?“

„Auch das trifft zu, es fragt sich nur, wer?“

„Du bist Doris!“

„Wie mich dieser mein Spitzname aus längst vergangener froher Jugendzeit, aus der Zeit meines Studententhums plötzlich so mächtig ergriff, wie ein Zauberwort alte, langvergessene Bilder und Szenen mir vorführte!“

„Und bin ich der Doris, so bist Du der Dick!“ sagte ich — seinen wahren Namen hatte ich längst vergessen, wenn ich ihn überhaupt je gekannt, wie er den meinen — und beide Hände strecke ich ihm entgegen, und wir schüttelten sie uns in alter herziger Weise.

„Es ist wohl etwas Schönes um das Leben in einer großen

betreff des Verkaufs der Insel Kuba stattfinden, entschieden in Abrede gestellt.

Italien.

Nom. 5. Febr. (Tel.) „Civilta lottolica“ bringt unter dem Titel: „Die schlechten Politiker und das Konzil“ einen Artikel, in welchem es heißt:

Gewisse Politiker, namentlich in den katholischen Staaten, haben Drohungen ausgesprochen für den Fall, daß das Konzil dogmatische Decrete oder disziplinarische Vorschriften erlassen sollte, welche dem modernen Geiste widersprechen. Die Bischöfe werden diese Drohungen verachten. Wenn die Regierungen Gesetze erlassen, welche den Konzilsdecreten widersprechen, so wird dadurch das Gewissen seines ihrer Unterthanen verpflichtet sein. Diese Gesetze mit Gewalt ausführen, würde heissen, einen Akt der verruchten Tyrannie begehen. Wenn die Regierungen die Kirche vom Staate trennen sollten, würden sie damit schreckliche Revolutionen heraufbeschwören, welche für die Regierungen stürzen würden. Anders sei die Haltung des französischen Ministers des Auswärtigen, Grafen Daru, welcher im Senat erklärte: „Wir, die Minister, achten die Freiheit der Kirche“. Frankreich sei beinahe allein von allen Staaten Europas seinem Konkordat seit 70 Jahren treu geblieben. Frankreich dürfe sicher sein, daß das Konzil ihm diese Loyalität anrechnen werde.

Rußland und Polen.

Petersburg. 2. Febr. Einer Mittheilung des „Russ.“ über die Lage der Dinge auf der Grenze mit dem nordwestlichen China entnimmt der „Staatsanze.“ Folgendes:

Der Aufstand der Dunganen gegen die chinesische Regierung, der 1862 ausbrach und sich allmählich unsern Grenzen näherte, erforderte verschiedene Maßnahmen zur Sicherung der Grenzen und zur Aufrechterhaltung der Ruhe unter den nomadisirenden Kirgisen. Auf einen Vorschlag des damaligen Befehlshabers der Truppen im Gebiete Semipalatinsk, Generalmajors Kolpatowski, wurden bereits 1865 mehrere Abtheilungen längs der westlichen Grenze Chinas aufgestellt, die jedoch nur für den Sommer in ihren Stellungen verblieben. Seit der Bildung des russischen Militärbezirks fiel die Verpflichtung, die Grenze zu bewachen, an den Chef der Truppen im Gebiet Semirechtsk, zu welchem der Generalmajor Kolpatowski ernannt worden war. Die Truppen begaben im Winter nach Winterquartiere; es wurden aber auch zu gleicher Zeit befestigte Kasernen für sie erbaut, so daß das Kadres allmälig beständige werden und sich durch eine Kette von Forts decken. Im Jahre 1869 ist das Fort Bachtinsko fertig geworden und das Fort Vorochubsko wird binnen Kurzem beendet werden. In diesem Jahre kommen das Fort Tianschansko und der Posten Tschundzhinsk dazu. Alle diese Befestigungen schlossen anfangs nur Kasernen in sich; allmählich haben sich daneben Kolonisten angesiedelt, welche der fruchtbare Boden und das Klima reich für ihre Arbeiten belohnen. Es giebt auf dem Semirechtskischen Territorium bereits Dörfer mit 3000 Einwohnern. Dieselben erstrecken sich längs des Weges, den die Russen bei ihrem Vorrücken gegen Zentralasien verfolgt haben, von Serspug über Kopal, Wjernoje, Kajet und Tschumak und werden mit der Zeit kommerzielle und industrielle Mittelpunkte bilden und die Leiter russischer Zivilisation nach Mittelasien werden.

Von der russischen Grenze. 1. Febr. Die russische Grenze ist seit kurzer Zeit so stark besetzt worden, daß, wie man sagt, nicht eine Kopek durchschleichen kann. Eine dreifache Postenkette steht so enge nebeneinander, daß es in der That selbst den routiniertesten Schmuggler schwer werden dürfte, die Wachsamkeit zu täuschen. Es kursiren die verschiedensten Gerüchte über die plötzliche Besetzung. Man erzählt von großartigen Raubbudenstählen und daß diese Maßregel ergriffen sei, der Fluchtigkeiten habhaft zu werden. Es sollen sogar die Platten zum Drucken der Rubelscheine gestohlen sein. Dies ist jedoch ein Gerücht, das schon oft genug zu hören gewesen ist. Nach der den Erzählungen über Morde, die in Petersburg vorgekommen sein sollen, nicht viel zu halten. Auf gewöhnliche Mörder sahndet man nicht in so außergewöhnlicher Weise. Wenngleich preußische Polizeibeamte Photographien der Mörder zugefickt erhalten haben, so ist dies Alles doch nur Scheinmaßregel. Zu diesem kleinen Zwecke wird man nicht, wie es jetzt geschehen ist, mehrere Hauptagenten der Petersburger geheimen Polizei an der Grenze stationiren und diese in solcher Weise absperren. Wie wir aus ziemlich sicherer Quelle erfahren haben, hängen diese Maßregeln mit der Verschwörung zusammen, die in der That ziemlich grobstätige Dimensionen angenommen haben müssen. Es sollen eine Menge der intelligentesten Köpfe in Petersburg und Moskau, sowie in anderen Theilen des Reiches dabei stark kompromittiert worden sein. Man will die Grenze nun vor Allem sorgfältig vor dem Eindringen der im Auslande lebenden Republikaner schützen und fürchtet selbstverständlich in erster Linie die Polen, welche in ganz Europa verstreut leben. Es soll überall sichtbar in Russland gähren und die Gährung wird und muß zunehmen, je mehr durch die Eisenbahnen die neuen Ideen in das Innere dringen. Dagegen kann das Land sich nicht verschließen.

(Insterb. 3.)

Türkei und Donausfürstenthümer.

Belgrad. 5. Febr. (Tel.) Der norddeutsche Generalkonsul in Serrajevo, Dr. Blau, ist in Folge eines Zwistes mit Sasc Pascha abberufen worden.

Bukarest. 5. Febr. (Tel.) Der Fürst hat die Demission des Ministers des Innern, Cogolniceano, angenommen. Derselbe wird durch Prinz Demeter Ghila ersetzt, welcher das Ministerium der öffentlichen Arbeiten interimistisch behält. Cantacuzeno wird Justizminister, sonst bleibt das Kabinett unverändert.

Im Lande.

62. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Berlin. 5. Februar. Eröffnung um 10 Uhr. Am Ministertische v. Müller und Reg.-Komm. de la Croix. Die Tribünen sind überfüllt. Die Berathung über die Petition des Presbyteriums des Friedrichs-Gymnasiums zu Breslau wird fortgesetzt.

Abg. Bied (für die Anträge der Kommission): Auf die Widerlegung Lents kann ich mich nicht einlassen, da ein Fremder die Persönlichkeiten und Vergangenheiten Breslaus nicht beurtheilen kann. Die Kabinetsordre Friedrich Wilhelms III. von 1799 kann nicht, wie er behauptete, unter dem Minister Wöllner ergangen sein, denn Wöllner war kurz vorvor dem Könige entlassen. Die Richtigkeit der von dem Direktor Gaede berichteten Thatsachen durch Hinweis auf ein gleichzeitig herausgegebenes Programm desselben Direktors, das sich in anderem Sinne ausspricht, zu bestreiten, ist nicht zulässig; ein Programm ist etwas ganz anderes, als ein amtliches Bericht. Hatte der Bericht Recht, so war der Minister zu seinen Forderungen an das Presbyterium vollständig berechtigt. Aber die behaupteten Uebelstände bestehen nicht, wie die Revision ergeben hat. Die Degradation der Anstalt zu einem Progymnasium hieß die Kommission unter allen Umständen für ungerechtfertigt, denn sie ist die größte moralische Niederlage, die eine Anstalt erleiden kann. Sie war durch die thafächlichen Verhältnisse in keiner Weise geboten, denn die Leistungen der Anstalt sind den Anforderungen entsprechend, die an ein Gymnasium gestellt werden, der stille Zustand der Anstalt ist iadeless und sie erfreut sich des Vertrauens des Publikums, da die Frequenz in den letzten 5 Jahren um 100 Schüler zugenommen hat. Die Degradation dürfte um so weniger erfolgen, als die Schulverhältnisse Breslaus eher eine Vermehrung als Verminderung der Schulen verlangen. Aus diesen Gründen wollen die Mitglieder der Kommission mit den liberalen einstimmig die Petition ad 1 und 2 der Regierung zur Beüchtigung überweisen, aber nicht die Nr. 3. Die Differenz ist also nur eine geringe. Ich hoffe, daß der Herr Minister die Sache so regulieren wird, daß die Anstalt als Gymnasium fortbestehe und daß er an das Presbyterium nur Forderungen stellen wird, die das Interesse der Anstalt wirklich erheben.

Der Kultusminister: Die Sache ist meines Erachtens sehr einfach und wäre mit sehr wenigen Worten und Beobachtungen zu erledigen, wenn man sich dazu verstehen wollte, die einfache Thatsache nüchtern und ohne Vorurteil zu betrachten. Dr. Bied hat darauf hingewiesen, daß in dem, was jetzt zu thun vorliege, zwischen seinen politischen Freunden und der anderen Seite des Hauses eine wesentliche Übereinstimmung sich gefunden habe. Er nennt die Differenz mit Recht eine verschwindende, da in der That Punkt 3 aus 1 und 2 folgen würde. Werner ist von meinem Kommissarius in der Kommission und hier im Hause erklärt, daß die Regierung sich den Anträgen auf Überweisung der Petition zur Beüchtigung nicht widerseige, ich füge hinzu, ebensoviel dem weitergehenden Antrage des Ad. Techow, weil derselbe auch nur eine Konsequenz der beiden Kommissionsanträge ist. Ich bin niemals von der Absicht ausgegangen, diesem Gymnasium einen Schaden aufzuziehen, es degradiren zu wollen. Im Gegenteil, mein lebhaftester Wunsch, zu dem mich alle meine amtlichen und persönlichen Interessen bewegen, ist kein anderer und hat kein anderer sein können, als der, dieser Anstalt zur rechten Blüthe zu verhelfen. (Bewegung links.) Aber, in d. h. dies kann ich nur, wenn ich die Forderung des Rechts erfülle, die das allgemeine Landrecht in Thell II. Tit. 12 § 5 für die höheren Lehranstalten aufstellt. Hiernach muß die Anstalt als Korporation anerkannt werden und die Regierung hat die Rechte der Korporation zu wahren. Dies ist der Punkt, den Dr. Bied übersehen hat und bei dem die Verhandlungen zwischen dem Ministerium und dem Presbyterium auseinandergehen. Der Vertrag, den der Präsident des Presbyteriums durch einen Antrag hier bei diesem Hause vorgelegt, daß sie die Forderung gestellt hat, ihr die Besetzung des Direktorats und der Oberlehrerstellen zu überlassen, wenn der Staat einen Buschus gewähren sollte. Für die Ausübung des Patronats giebt es Modalitäten. Es kann eine Gemeinschaft stattfinden, so daß beide Theile bei jeder einzelnen Stelle gemeinsam handeln, oder eine Theilung, so daß bei dieser Stelle dieser, bei jener Stelle jener Theil die Besetzung ausführt. Wenn ein Patronat neu gegründet werden soll, warum soll dann nicht nach der einen oder nach der anderen Seite hin eine Proposition machen? Kann dann nicht eine Theil sagen: „Nein, darauf kann ich nicht eingehen?“ Das ist der Weg der Verhandlungen, den die Regierung betreten, das Presbyterium aber verlassen hat. Die Regierung sagte: Überlassen Sie uns die Besetzung des Direktorats und der Oberlehrerstellen, das Presbyterium antwortete: „Wir können darauf nicht eingehen. Die Anstalt ist eine Dependenz der kirchlichen Gemeinde“ und weigerte sich anzuerkennen, daß das Vermögen der Anstalt wirklich Vermögen der Anstalt sei. Es hieß das Vermögen für Eigentum der Kirchengemeinde, brachte die Verhandlungen ab, suchte sein Recht bei den Gerichten und durch einen Antrag hier bei diesem Hause. Kommt das Presbyterium auf die allein richtige Basis der Verhandlungen zurück, daß es die Anstalt als Korporation anerkennt und betritt es von neuem den Weg der Verhandlungen, so wird die Regierung gerne bereit sein, auf diesem Wege eine Ausgleichung in dieser Frage herbeizuführen, die, wie ich nicht zweifle, bei gutem Willen zu erreichen sein wird. So lange aber das Presbyterium den Standpunkt einnimmt, den es zuletzt einnahm, daß es nämlich die Rechterspersönlichkeit der Anstalt in Zweifel stellt und das Eigentum derselben der Kirchengemeinde vindizirt und die Verhandlungen mit der Regierung nicht wieder aufzunehmen, kann diese unmöglich kommen und bitten, das Presbyterium möge doch der Hölfe der Regierung annehmen auf jede Bedingung hin, die das Presbyterium stellt. Die Regierung kann sich nicht in die Lage bringen, Wohlthaten, die sie vermittelten soll nur unter Bedingungen, die das Presbyterium stellt, der Anstalt zuzuwenden. Ich werde abwarten, wie das Presbyterium verfahren wird.

Abg. Dr. Wehrenfennig: Ich muß zunächst konstatieren, daß die

und las uns ruhig erst auf meinem Zimmer sitzen; die Erinnerungen und Bekenntnisse gehören ins Haus.“

Der Weg war nicht zu weit, mein Freund wohnte in der Friedrichstadt, nahe beim Potsdamer Thor. Endlich saßen wir auf seinem Zimmer. Das alte Junggesellenstübchen mit dem harten Sopha, dem Bücherrück und der Unordnung des ewigen Studenten heimelte mich an; über dem Sopha eine Galerie Studentenkonterfeis — auch meines, das ich selbst nicht mehr besaß, darüber — und mittler unter ihnen eine alte Körbchensmüze, zerstückt vom „Landesvater“. Ja, wir hatten oft gesungen: „Halten will ich stets auf Ehre“ — nun, weil er seinen Schwur nur zu treu gehalten, daß er hier und verkümmerte. Er bot mir keine Zigarette, aber die alte, liebe Pfeife, die nun so in Misskredit gekommen, und bald dampfte sie, und er erzählte. Es war eben die alte, einfache Geschichte, seine religiösen und seine politischen Prinzipien hatten ihn nicht zur Anstellung gelangen lassen, da er zu brav war, sie zu verstehen; er hatte viel gelernt, gute Examina bestanden, und war nun — Privatlehrer; hatte junge Augenblicke, die in der Schule nicht gut gethan, zu unterrichten, und fristete somit ohne Protektion ein Leben grade hinreichend, um nicht zu verhungern. Es gibt solcher viele in einer großen Stadt.

Aber nun genug von mir, nun erzähle Du.“

Das war bald gethan; dann wagte ich die Frage nach Agnes; so hieß das junge, frische Wesen, das zu unserer Zeit das Seminar besucht, und der Freund Dick sein Herz und seine Hoffnungen gewidmet hatte.

Eine eigenhümliche Bewegung zuckte über sein Gesicht.

Stadt; sie hat geistig so viel Anregendes, aber das Gemüth kommt oft zu kurz darin; sie führt uns die ganze Menschheit nah und lädt uns lieben, — aber sie entführt uns dagegen den einzelnen Menschen, den wir schon lieben. Eine entlegene Wohnung, ein anderer Stadtbezirk genügt, um sich viele Jahre lang nicht zu sehen — und nicht einmal zu vermissen; man kommt eben auseinander, und trifft man sich dann zufällig, weiß man kaum, hat man sich das letzte Mal vor einem halben oder vor zehn, vor zwanzig Jahren gesehen. Nur die Veränderungen, die mit dem andern, wie mit uns vorgegangen, zeigen, wie viel Jahre seitdem verflossen.

So ging es uns. Wir hatten uns viele Jahre nicht gesehen, nicht gesehen seit der Zeit, wo wir beide hoffnungsfroh und stolz noch in das Leben hineinsahen; jetzt schauen wir beide schon zur anderen Seite hinaus. Aber von meines armen Dick Hoffnungen schienen nicht viele in Erfüllung gegangen. Sein Auge war noch freundlich und zugleich fest, energisch, wie sonst, und blickte mit inniger Liebe tief in das meine — aber er selbst sah etwas verkümmert aus, fadenscheinig im Anzuge, dem schwarzen Frack, mit der vornüber gebeugten Haltung des viel einsam Studirenden, lang und dünn.

„Dir geht es gut, ich sehe es“, unterbrach er zuerst das Schweigen der Erinnerung; „Dein Blick wie Dein rundliches Neuhäre sprechen von Zufriedenheit. Und ein Trauring auf der Hand, Du Glücklicher!“ setzte er hinzu, etwas seufzend, wie mir schien.

„Und Du?“

„O, davon ist nicht viel zu erzählen. Aber jetzt schweige

Minister nicht diejenige Auskunft erhielt hat, die wir von ihm verlangten. Wir wünschen zu wissen, ob es mit seiner Zustimmung geschehen ist, daß sein Kommissar den denunziatorischen Bericht des Direktors Gaeke, der vonden persönlichen Investiven gegen ehrenwerthe Männer wimmelt, öffentlich in dies Haus geworfen hat, diejenen Bericht der die bisherigen Patrone der Anstalt widerstimmig und unverständig nennt. Der Minister versuchte nur sein Verfahren als ein gerechtfertigtes darzustellen. Aber, m. h., wenn dies Verfahren nicht vor dem Lande als ein schlechtin ungesehliches und allem Rechte Hohn sprechendes gebrandmarkt wird, dann giebt es überhaupt auf dem Gebiete des höheren Schulwesens kein rechtliches Verhältniß mehr, (Sehr richtig!) wenigstens bei den Schulen, bei denen der Staat ein Kompatronat hat. Es giebt keine Rechtsicherheit mehr in Preußen im höheren Schulwesen, wenn solche Maßregeln gerechtfertigt sind. Der Minister, wenn man ihn blos hier hört, stömt über von Wohlwollen gegen das Presbyterium. Er will nur zuerst anerkannet sehen, daß das Gymnasium eine selbständige Körporation, keine Dependenz der Kirchengemeinde ist. Aber, die Vermögensfrage spielt hier durchaus nicht die erste Rolle. Als man das Presbyterium verfolgt hat wie ein gehetztes Wild hat es zur Abwehr jed Stellung verflucht und vielleicht in der Vermögensfrage eine Stellung eingenommen, die nicht haltbar ist. Es ist nicht wahr, daß es sich hier blos um administrative Zweckmäßigkeit handelt, nein, darum handelt es sich, daß hier die gesetzlichen Grundlagen auf den Kopf gestellt sind. Die gesetzlichen Bestimmungen, die hier zu treffen, sind von dem Regierungskommissarius in einer ganz unerhörten Weise ausgelegt worden. Wir finden die betreffende Kabinetsordre in dem Weise über das höhere Schulwesen, das der Herr Minister unserer Bibliothek gelehrt hat, in dem ja auch jenes merkwürdige Schreiben des Hrn. Ministers abgedruckt ist, worin er dem erstaunten Lande erzählte, wie unter seiner Verwaltung das Schulwesen ausgeblieb ist. (Heiterkeit) In jener Kabinetsordre heißt es, in allen Fällen, wo der Staat stehende Beiträge zur Erhaltung von Schulanstalten hergibt, soll er auch eine Mitwirkung an der Verwaltung haben, und zwar soll dies durch Kommissarien geschehen, „ohne jedoch die Führung des im Besitz des Kompatronates befindlichen Kollegiums aufzuheben“. Der Minister deutet sich dies folgendermaßen. Wenn dem Staate, sagt er, schon früher ein überwiegender Anteil an der Verwaltung überlassen ist, so ändert die Kabinetsordre daran nichts, und wenn er sich erst später, nach Erlass jener Kabinetsordre, einen solchen überwiegenden oder ausschließlichen Einfluß verschafft, so gilt hierfür die Kabinetsordre auch nicht. (Heiterkeit) Diesen ausgeschätzlichen Einfluß sucht er sich aber durch Drohungen und Gewalt zu verschaffen, und stark ist es nur, wenn er dabei noch behauptet, auf dem gesetzlichen Boden zu stehen. Aus dem Berichte des Direktor Gaeke geht nun hervor, daß dieser Herr etwas starke Präfektengüte hat und selbstherlich über seine Lehrer regieren will, ein beschlebnetes Lehrer-Kollegium scheint er gar nicht zu kennen. Es sind ja einige richtige Bemerkungen in diesem Bericht, das ist wahr, aber weit zahlreicher sind die geradezu thörichten Forderungen. Was würde der Berliner Magistrat sagen, wenn die Direktoren seiner Gymnasien den Anspruch erhöhen, mit zu beschließen über die Egterna und die Finanzen der Anstalt, wenn sie eine Beherrschung an der Aufführung des Staats verlangen? Und warum soll das Presbyterium öfter als monatlich einmal Sitzung halten, wenn keine Sägen da sind zu erledigen? Es besteht kein richtiges Verhältniß weder zwischen Direktor und Presbyterium noch zwischen Direktor und Lehrern. Wir wissen nicht, wer faul daran ist; vielleicht röhrt das schon von Beginn seiner Amtszeit her. Das Presbyterium wenigstens wählt damals den Professor Eijo Mommisen, aber der schenkt dem Herrn Minister nicht der geeignete Mann dazu und so wurde hr. Gaeke Direktor, während Mommisen seitdem als Direktor des Frankfurter Gymnasiums seine segensreiche Thätigkeit entwidelt hat. Genug, wir wissen, daß ein gespannes Verhältniß zwischen Direktor und Presbyterium besteht, und das Resultat liegt in der Denunziation des erinneren vor. Und diese Denunziation wird vom Minister sofort wörtlich für wahr angenommen, und der Regierungskommissarius wagt es, auf Grund jener Beschuldigungen ehrenwerthe Männer Breslaus öffentlich zu beschimpfen! Der Herr Kommissarius versucht es, analoge Fälle anzuführen, aber wie ist es möglich, daß er sich auf die Anstalt in Osnabrück und Gütersloh beziehen kann, daß ein rechtstümlicher Kommissar solche Dinge zusammenstellt! Das bischöfliche Lehrerseminar in Osnabrück weigerte sich, sich der Staatsaufsicht zu unterwerfen, in Breslau aber dentet kein Mensch daran, das Prinzip der Staatsaufsicht nicht anzuerkennen. Und gar das Gymnasium zu Gütersloh hatte in direktem Widerspruch zu der Bestimmung des Landrechts die Statutenbestimmung, daß einheimische katholische Schüler nur gegen besondere Erlaubnis, auswärtige katholische Schüler gar nicht angenommen werden sollten. Wenn der Kommissarius solche Fälle für sich anführen zu können glaubt, so zeigt das entweder von Unkenntlichkeit oder von unerhörter Missachtung der Gesetze. Und dies führt Wohlwollen des Ministers, mit dem er die züchtigt, die er lieb hat! Wäre das wirklich sein Ernst, er brauchte ja nur die Forderung des Normalatats nicht sofort auszuführen lassen. Er brauchte, wenn der Normalatatt noch nicht erreicht war, hier nur diefele Nachsicht walten lassen, wie bei den Staatsgymnasien. Noch 92,000 Thlr. sehn damit auf diesen die Höhe des Normalatats erreicht werde, aber diesen Balzen sieht der so überaus wohlwollende hr. Minister nicht, er sieht nur den Splitter im Auge des Presbyteriums. Das hiesige Wilhelmsgymnasium ist ein staatliches, bezieht jedoch keinen Staatszuschuß, sondern erhält sich durch das Schulgeld; an demselben bezahlt der Direktor ein Gehalt von 1400 Thlr., dazu Wohnungsentlastung und eine persönliche Bulage von 100 Thlr. Der Direktor des breslauer Friedrichsgymnasiums erhält 1400 Thlr. und ebenso Wohnungsentlastung. Die Professoren haben am Wilhelmsgymnasium 1200—950 Thlr., in Breslau 1050—900 Thlr., dazu jedoch teilweise freie Wohnung; die ordentlichen Lehrer am Wilhelmsgymnasium 800—500 Thlr., in Breslau 850—500 Thlr. Nun, m. h., war denn wirklich der Minister durchaus in seinem Gewissen genöthigt, die breslauer Anstalt wegen Unzulänglichkeit ihrer Mittel zu degradiren, trotz des Wohlwollens, daß er für dieselbe empfindet? Nur eines kann er dabei für sich anführen. In dem Garten meiner Verwaltung, so kann er zu sich sagen (Heiterkeit), sind so viele Blüthen aufgegangen, daß ich nach so reicher Wirklichkeit auch einmal etwas zerstören kann. (Sehr guil!) Es ist wahr, m. h., das höhere Schulwesen geht vorwärts, 45 neue höhere Lehranstalten sind in der letzten Zeit entstanden und der Herr Minister hat in seinem Bericht

an einem andern Orte das in seiner bescheidenen Weise sehr hübsch zu benutzen verstanden. Aber, m. h., im Grunde ist der hr. Minister daran ganz ebenso unschuldig, wie an der Vermehrung der preußischen Bevölkerung oder der preußischen Schule. (Große Heiterkeit. Bravo!) Von den 18 Gymnasien sind 12 rein städtisch, 6 theils gemischten Patronats, theils blos königlich. Aber auch unter den leistern ist nicht eine einzige neue Gründung, und namentlich keine einzige solche, bei der die Hauptmittel von der Staatsregierung ausgewandert sind. Gewöhnlich ist ein städtisches Progymnasium, das den Namen abgegeben hat; die Stadt hat dann um einen kleinen Buchfuß gebeten, und hat in alle möglichen Bedingungen gewilligt, nur um ein Gymnasium zu bekommen. So entstehen die königlichen Gymnasien. Ist das nun, m. h., ein solches Verdienst, daß der Herr Minister dafür seine Verwaltung in Anspruch nehmen darf? Ich sollte meinen, wenn es feststeht, daß unser ganzes höhere Schulwesen in den Händen der Kommunen und Körporationen ist, wenn von 392 höheren Anstalten 168 rein städtisch sind, 94 überwiegend, ja fast ganz aus städtischen Mitteln erhalten werden und nur 167 lediglich auf Rechnung des Staates kommen, ich sollte meinen, bei solcher Entwicklung, die von Jahr zu Jahr zunimmt, hätte der hr. Minister alle Ursache, nicht mit rauher Hand in diese Verhältnisse hineinzugreifen, alle Ursache, sich dessen bewußt zu werden, was er eigentlich ist. Wenn der Minister die Verdienste seiner Verwaltung, die er ja an einem andern Orte bei Überreichung jenes Berichts selbstgefällig rühmt, wenn er die richtig bezeichnen will, so muß er sagen: Ich habe zwar von jenen 45 Schulen eine einzige durch mein Verdienst gegründet, aber ich habe an einem einzigen Orte durch mein Verdienst allein drei höhere Anstalten errichtet! (Lebhafter, anhaltender Beifall links, Bischof rechts.)

Reg.-Komis. De la Croix: Ich habe nicht von einem unverständigen Kompatron gesprochen, sondern von einem widerwilligen Kompatron, der unverständige Forderungen erhebt. Die Staatsregierung hat sehr wenig Rücksicht geahabt, auf eine öffentliche Versprechen dieser Verhältnisse einzugehen (Heiterkeit), aber durch den Inhalt der Petition und durch den Verlauf der Debatte ist sie dahin gedrängt worden, schon in der Kommission die ihr zu Gebote stehenden Mittheilungen zu machen. Der Kommissionsbericht nennt diese theils ungenügend, theils unerheblich, und nachdem die Staatsregierung nun hier noch speziellere Mittheilungen gemacht, beschweren Sie sich darüber. Die Thatssachen, die der Direktor Gaeke in seinem Bericht angeführt hat, sind durch die Rede des Herrn Vorredners in seinem Punkte widerlegt worden. Der Staat hat lediglich mit dem Presbyterium als Behörde zu thun und mögen die Mitglieder desselben immerhin ehrenwerthe Männer sein, daraus folgt noch nicht, daß sie auch die Fähigkeit haben, höhere Unterrichtsanstalten zu leiten (Urhebe links), und sie sind in der That dieser Aufgabe nicht gewachsen (Widerprüfung). Sie beklagen sich darüber, daß das Resultat der Revision dem Presbyterium nicht mitgetheilt ist, und doch ist das Presbyterium selber bei der Revision gegenwärtig gewesen. Daß man dem Presbyterium blos Ehrenrechte lassen wolle, ist unrichtig; die Anstalt hat 14 Lehrer und wenn der Staat die Stelle des Direktors und zweier Oberlehrer besetzt, bleiben noch 11 Lehrer von dem Presbyterium anzustellen. Außerdem haben wir ja wiederholzt erklärt, daß über das Mehr oder Weniger unserer Forderungen eine Verhandlung stattfinden solle; warum bricht das Presbyterium die Verhandlung ab? Von allen Rednern, die bisher gesprochen, wird geflissentlich die Frage umgangen, ob das Friedrichsgymnasium die konfessionelle Anstalt einer Kirchengesellschaft sei. Das Presbyterium behauptet, die Regierung verneint diese Frage. Im Hause aber hat selbst Herr Lent, der Mandatar des Presbyteriums in dem Projepte, den letzteres begann, sich auf diese Frage nicht eingelassen. Die Frage wird deswegen umgangen, weil man, wenn man an ihre Beantwortung geht, sofort den Boden für die gestellten Anträge verliert. Herr Lent und seine Freunde werden sich hüten, für diesen konfessionellen Charakter der Anstalt in die Schranken zu treten. Was davon abhält, eine ruhige Antwort auf diese Frage zu geben, das nicht der Mangel am Material, sondern die Furcht vor dem Material. (Bravo rechts.)

Abg. Richter (Sangerhausen): In unserem Unterrichtswesen existieren für diese Frage zwei Seelen; Der Herr Kommissar gerierte sich als Ankläger im Gegensatz zu Lent, den er Mandatar des Presbyteriums nannte, während des Herrn Ministers Vortrag einen ganz anderen Eindruck hinterließ. Der Herr Minister hat ganz Recht, wenn er zu einer einfachen sachlichen Prüfung der Frage auffordert und die drei Theile der Petition als untrennbar bezeichnet. Es spricht aus ihm das Wohlwollen für die Anstalt, das durchaus im Einklang mit den altpreußischen Traditionen steht, ohne das er freilich ein Lümmen sein würde (Heiterkeit). Nur sollte er aus seinen Prämissen die richtigen Schlüsse ziehen und mittler dem Wirkware der Rekripte auf den Ausgangspunkt der so itroverse zurückkehren, um Alles, was er seit 1856 restriktiv hat, zurückzunehmen. Der Herr Kommissar dagegen, der es sich zur Ehre schäzen konnte, mit Männern zu verkehren wie die, aus denen die Kommission bestand, hat seine Angriffe, die er dort ausgesprochen, nicht nur im Hause nicht widerufen, sondern verschärft durch den Ton persönlicher Polemik öffentlich wiederholt. Ich erkläre hiermit, daß die Thatjäden, die jeden Angriffen und dem Bericht an den König zu Grunde liegen, unwahr sind und widerrufen werden müssen, es sei denn, daß der Herr Minister den Beweis der Wahrheit dafür antritt, daß das Presbyterium durch die Verwaltung des Kapitals ic. der Anstalt Nachteil zugefügt habe. Der Herr Minister in aller seiner Milde, hat die Schwierigkeiten für die Anstalt künstlich gehäuft, sein Verfahren unterscheidet sich in der That durch nichts von dem Verfahren des Provinzial-Schulkollegiums und er hat nur die Diplomatik entwickelt, um das Presbyterium zur Auslieferung der Anstalt an die Staatsgewalt zu bewegen. Der konfessionelle Charakter der in Rede stehenden Anstalt ist nicht im Sinne der Osnabrücker und Gütersloher Institute zu verstehen: jene Anstalt hat evangelische, katholische und jüdische Lehrer besessen und wird bis heute auch von jüdischen Schülern besucht, ganz im Geiste der humanen fridericianischen Anschauung denn das reformierte Presbyterium betrachtet sich lediglich als Verwalter, ohne die Rechte des Staats und die Rückicht auf andere Konfessionen zu verläugnen.

Der Kultusminister: Ich kann unmöglich zu dem Vorwurfe schwigen, daß ein Bericht an Se. Majestät, der meine Kontraktionsurkunden erhalten hat, Unwahrheiten enthält. Die Nachtheile, die dem Gymnasium durch die Verwaltung des Presbyteriums zugefügt werden, bestehen darin, daß erstens das Eigentum der Anstalt nicht auf ihren Namen eingetragen ist. (Ge-

lächter links.) Sie lachen m. h., und haben doch selbst erst kürzlich einem Gesetzentwurf beigeplättet, der die Sicherheit des Grundbesitzthums nur durch den Alt der Eintragung verbürgt. Ferner ist die Begründung des Pensionsfonds für die Lehrer unterblieben, was nicht geschehen wäre, wenn die Stats und Rechnungen dem Provinzial-Schulkollegium vorgelegen hätten.

Abg. Roepell: Der Herr Minister scheint die drei Forderungen der Petenten genehmigt zu wollen, denn einen anderen Sinn kann seine Erklärung nicht haben, daß er sich ihnen nicht widerseien will. Weiter aber hat er eine Bedingung gestellt, die er durch einen Satz aus dem Landrecht einleitet und durch die Pflicht das Recht des Staates der Anstalt gegenüber wahrzunehmen begründet. Aber es kann wohl nur ein lapsus linguae gewesen sein, wenn er das Vermögen der Anstalt als Kirchenvermögen darstellte. Es ist eben das Schulvermögen der Gemeinde und das Presbyterium mußte die Verhandlungen abbrechen, um eine reichliche Entscheidung über die rechtliche Stellung der Anstalt herzuführen. Ich frage Alle, welche die Entwicklung des Schulwesens im vorigen Jahrhundert können, ob der große Friedrich, durch dessen Gnade allein sich eine reformierte Gemeinde in der eroberten Provinz bilden durfte, beliebigen fünf oder sechs Privatleuten die Leitung eines Gymnasiums hat anvertrauen können, ob diese 5 oder 6 Privatleute einen Aufruf zur Begründung der Anstalt beizusteuern, der auch das gesammte reformierte Deutschland folge leistete, erlassen könnten, wenn sie nicht Vertreter der reformierten Gemeinde in Breslau gewesen wären, von der sie ihr Mandat erhalten hatten und welche es, wenn einer von ihnen durch den Tod ausfiel, auf einen neuen Vertreter übertrug? Die Gemeinde und die Stadt Breslau leben in dem Bewußtsein, daß die Anstalt eine Privatschule, sondern eine Schule der Gemeinde war und ist, daß die Mitglieder des Presbyteriums ihre Vollmacht nicht aus den eigenen Tächern genommen, sondern von der Gemeinde empfangen haben, daß sie ohne diefele auf eigenen Kopf nicht handeln können. Sie hatten daher bis auf die neueste Zeit nicht die Pflicht der Rechnungslegung gegenüber der Staatsbehörde. Beenden Sie sich mit dieser Auffassung juristisch im Unrecht, so mag der Richter entscheiden. Das wollten Sie, und gerade diese Verweigerung des Rechtsweges, durch die Ergebung des Kompetenzkonfliktes Seitens des Herrn Ministers ist das Kränkende. (Bewegung.) Es selbst sagt in seinem Immediatbericht, daß die Anstalt ihrer Aufgabe genügt habe. Die Regierung bestätigt den Direktor, ihr Kommissar wohnt den Prüfungen bei, die Interna der Anstalt sind ihr durchsichtig. Die Leistungen der Anstalt, welche den anderen Gymnasien gleich sind, gereichen dem Presbyterium zur besondern Ehre, als sie mit knappen, bereits seit 10 Jahren unzulänglichen Mitteln erreicht worden sind. Der hr. Kommissar sagt, daß er von dem Kollegium als solchem gesprochen habe. Aber der Bericht führt Beschwerde über das „taktlose“ Benehmen der Mitglieder, die in Breslau das höchste Ansehen genießen. Daß das Vermögen der Schule nicht besonders auf ihren Namen eingetragen ist, ist die natürliche Folge der Verbindung von Schule und Kirche, die Schule steht auf dem Grund und Boden der Gemeinde, Schul- und Kirchenvermögen sind un trennbar eingetragen. Die wahre Ursache des Berichts des normalen Directors Gaeke an den Hrn. Minister lag in seiner verbitterten Stellung zu dem Pfarrer der Gemeinde; Eisensucht in Bezug auf den leitenden Einfluß erzeugte persönliche Reibungen und gab jenem Bericht Inhalt und Harpe. Ist es in der Ordnung, diese längst vergangenen Dinge wieder hervorzuholen? Den Mangel, daß der Normalatatt nicht erreicht wird, heilt diese Anstalt mit vielen königlichen. Wenn trotzdem das Provinzial-Schulkollegium ihre gänzliche Schließung beantragen könnte, so darf es nicht unausgesprochen bleiben, daß die Verstärkung des Konflikts durch dies Kollegium und den gegenwärtigen Provinzial-Schulrat verschuldet ist. (Bestimmung.) Mit seiner Berufung beginnen die Konflikte zwischen Stadt und Regierung, die man unter seinem Vorgänger nicht kannte, und nehmten ein Ende mehr. Ich will von einer persönlichen Charakteristik des jetzigen Schulrats hier abstehen und nur das eine Faktum unter zahlreichen ähnlichen erwähnen, daß er, als die Stadt einen Direktor der Realshule ernannte, die Ehre der Einführung, die nach altem Recht und Verkommen dem Magistrat zusteht, für sich in Anspruch nahm und dafür die Zustimmung des Ministers erlangte, so daß kein Vertreter der Stadt bei dem Einführungssakre zugegen war. Fährt der Hrn. Minister in dieser Weise fort, gegen die Städte vorzugehen, so muß das Vertrauen untergraben werden, auf dem der Staat als auf seinem festesten Grunde beruht. (Beifall.)

Abg. Haack protestiert gegen die Manie der Befreiung und den furor bureaucraticus, der jede Selbstverwaltung unmöglich mache.

Abg. Lent antwortet dem Regierungskommissar, daß der Ausdruck „Mandatar des Presbyteriums“, als den er sich selbst in der Kommission bezeichnet habe, keinen Zweck an seiner durchaus sachlichen Auffassung der Streitfrage aufzutreten lassen dürfe und nur dafür spreche, daß er das Material besser kenne als die Staatsregierung. Die Frage nach dem rechtlichen Charakter der Anstalt habe er (der Redner) nicht geflissentlich umgangen, sondern nur an dieser Stelle als für die schwedende Streitfrage irrelevant auf sich berufen lassen. Das Land wisse es, daß seine und seiner Freunde Behauptungen in keinem Punkte widerlegt seien.

Nachdem der Regierungskommissar erwidert, daß der von dem Vorredner zuerst gebrauchte Ausdruck „Mandatar“ nicht den Vorwurf der Parteilichkeit, sondern nur das Lob der besten Sachkenntniß implizieren solle, und nachdem Abg. Richter gegen den Kultusminister an dem Vorwurf der Unwahrheit des Immediatberichtes beweisen durch das wachsende Kapital und die steigende Frequenz der Anstalt, festhalten zu müssen erklärt hat, wird die Diskussion geschlossen.

Referent v. Bunsen: Wenn Sie meinen, daß die heutige einmütige Verurtheilung der uns vorliegenden Regierungsmäßregeln, daß die eine oder die andere Beschlusshafung die geringste Einwirkung auf die Thätigkeit und die Entschlüsse des Ministers haben könnten, so befinden Sie sich in einem gewaltigen Irrthum. Schon Horaz sagt: populus me sibilat, at milii plando ipso domi. Frei übersetzt würde das etwa lauten: Die Nation misbilligt mein Thun, aber zu Hause fehlt es mir nicht an Beifall. (Schr. großer Heiterkeit) Es ist hier in Berlin eine hohe Zeit, wo ein Minister bisweilen an die einzige Form der Ministerverantwortlichkeit erinnert wird, die in diesem Staat perfekt geworden und dargestellt ist in der Verfassungsbestimmung: „Jede Kammer kann die Gegenwart der Minister verlangen.“ Die Kammer hat dadurch wenigstens die Genugthuung von dem Minister gehör zu werden, das Weitere liegt nicht in ihrer Hand. — Der Abg. Lent hatte die Meinung geäußert, der Minister Wöllner habe diejenigen Kabinetts-

Borbei! Borbei! Für beide hatte sein Einkommen nie gereicht, seine Frau hatte er nicht um den Erwerb des täglichen Brotes arbeiten lassen wollen — dieses falsche, deutsche Gefühl, an dem hier wieder ein Leben zu Grunde gegangen!

Und nun komm, es ist Mittag, Du bist heut mein Gast, wir speisen zusammen, sagte er, etwas schelmisch lächelnd. „Und mache Dir keine Sorge wegen der Ausgabe, so weit reichen meine Mittel noch; sieh, dieses Gelbstück, 2½ Sgr. steht darauf, nehme ich mit, das reicht für beide.“ Entsezt schaute ich ihn an.

„Komm nur, komm, Du sollst zufrieden sein!“ beantwortete er meinen Blick. Und wir gingen.

Bald kamen wir zur Kochstraße, nach Nr. 9, und sahen über einem freundlichen Kellereingang die Worte: „Erste Volksküche“. Ich folgte ihm hinein und sah an der Sicherheit seines Auftrittens, daß er hier täglicher Gast sein mußte. Am Eingange kaufte er zwei Marken zu halben Portionen, die jede 1 Silbergroschen kostete, und für den übrigen halben Groschen zwei schwachste Schwarzbrotchen, und wir traten ans Buffet. Hinter demselben standen zwei ältere Damen, die jeden Eintretenden mit freundlichstem Tone fragten: „Kindsfleisch oder Schweinefleisch?“ und dann gegen den Empfang der Marke von dem weißen Porzellanschalen belegten Tische jedem eine große oder etwas kleinere, je nachdem er eine ganze oder eine halbe Portion wünschte, mit Höflichkeit hinrichteten. Wir nahmen unser Theil und saßen uns an einen sauber mit Wachsleinwand bezogenen Tisch; hier verzehrten wir unser Mittagsmahl, Kohlrüben mit Fleisch, in so vortrefflicher Zubereitung, wie sie nicht

besser gewünscht werden kann, und so reichlich, daß ich meine halbe Portion nicht ganz bewältigen konnte; dazu tranken wir ein Glas Wasser, wozu Porzellankrüze mit Gläsern auf den Tischen standen. Da wir nahe am Eingange der großen, mit vielen Tischen und Bänken versehenen Lokalität sahen, konnte ich alle Gäste sehen und beobachten; es waren, wie es schien, Subalternbeamte, Kommiss, auch Gesellen im Arbeitsanzuge, Dienstmänner, und in einer besonderen Abteilung, getrennt von den Männern, mehrere Frauen und Mädchen, Nährerinnen u. s. w. Alle traten höflich heran, empfingen ihr Essen, verzehrten es mit Appetit — nur sehr wenige nahmen eine ganze Portion — es wurde kein lautes Wort gesprochen, alle benahmen sich anständig, und doch, was mir besondere Freude machte, es kam niemand mit dem Gespül, ein Almosen empfangen zu haben, jeder wußte, er bezahle sein Mittagessen von seinem Verdienst, und mit dem Silbergroschen war es eben bezahlt. Es kamen sehr viele Gäste, und einige Mägde räumten schnell das gebrauchte Geschirr bei Seite, es in den hintern Räumen abwaschend, während aus der Küche fortwährend neue gefüllte Schalen vorgereicht wurden. Und so essen hier täglich in der Zeit von 11 bis 1 Uhr zwischen tausend und elfhundert Personen, aber meist halbe Portionen; durchschnittlich werden gegen 800 halbe nur 200 ganze verbraucht.

So aßen denn auch wir beide, und ich kann wohl sagen, dieser Mittag war mir sehr interessant — da kam eine nicht mehr junge Dame herein, ihre halbe Portion zu essen, sauber gekleidet, ein Tuch um, aber im bloßen Kopf, als ob sie aus nächster Nähe käme. Auch sie grüßte die Damen am Antritte-

tisch in freundlich bekannter Weise; ihr ganzes Wesen zeigte auf den ersten Blick die Lehrerin und alte Jungfer, aber nichts von dem so oft mit Unrecht lächerlich Gemachten, sondern nur das Rührende dieses Standes. Als sie an uns vorüber ging, stand Freund Zick auf, bot ihr herzlich die Hand, sie sagten sich guten Tag, dann nahm er mich unterm Arm, und wir gingen hinaus.

„Das war Agnes“, sagte er. „So seien, so begrüßen wir uns seit zwei Jahren täglich — und das genügt zwei Leuten, die keine anderen Wünsche mehr hegen, die sich einst geflebt und nun noch immer lieb haben. Sie wohnt hier im Hause und ließ sich früher ihr Essen aus der Volkssküche holen — wahrhaftig, wir hätten uns längst heirathen können, hätten wir früher unser gemeinsames Mittagessen mit 2 Sgr. herzustellen gewußt! — Da sah sie mich einmal etwas verstoßen hierher schleichen, um zu essen; ich dummer Kerl schämte mich noch! und seit der Zeit kommt sie täglich herunter, ist selbst hier, nimmt durch ihre Gegenwart jedes peinliche Gefühl fort, ich weiß, sie th

ordre von 1799 gegengezeichnet oder extrahirt, auf welcher die exente Stellung des Friedrichs-Gymnasiums beruht. Der Irthum ist schon durch Herrn Biess hervorgehoben worden und ist nicht nur ein einfach chronologischer, sondern er erfordert auch ausdrücklich die Korrektur, die ich dahin gebe, daß bei dem Tode des Königs Friedrich Wilhelm II. der Minister Möllner seines Amtes enthoben wurde. Der Herr Minister hat hier von Neuem ausgesprochen, daß er sich bei dem Verhältniß des Staates zu den Gymnasien, wenn er eine Behilfe gewähren soll, jedesmal um besondere Vereinbarung, nicht aber darum handelt, was die Kabinetsordre von 1817 resp. die Ministerialverordnung von 1842 über das Kompatronat bestimmt. Diese Anschauung ist nicht nur unrichtig, sondern auch hochgefährlich, daher dem Haup das Principiis obstat als oberste Pflicht vorzuhalten ist. Der hr. Minister meint, es sei ja nicht so schlimm, wenn man eine Verhandlung vorschlage. Aber welche Absicht er mit diesem Vorschlage hatte, geht aus seinen eigenen Wörtern in dem Immediatbericht an den König hervor: „dass nämlich dem Presbyterium gewisse Ehrenrechte, B. die Belehrung bei den Schulprüfungen und Schulfeierlichkeiten, die Mittheilungen von Anstellungen und Ähnliches vorbehalten werden (hört, hört!), würde keinen Anstand finden. (Heiterkeit.)“ Der Herr Abg. Bent meinte, auch die Verwaltung des Budgets wolle der Minister dem Presbyterium lassen, ja, aber unter der Bedingung, daß die Revenuen regelmäßig zur Gymnasialfasse, die ja unter staatlicher Leitung steht, abgeführt werden. Also nur das Onus der Kapitalverwaltung und die Ehrenrechte, bei Schulfeierlichkeiten sitzen in den Amtsräumen zu werben, sollte das Presbyterium vorbehalten, das bedeutete sein „Vorschlag“. Nach dem hrn. Kommissar hat es dem Presbyterium an aller Rücksicht und Geschicklichkeit, an allem Takt und aller schuldigen Rücksicht gefehlt. Der Mangel an Rücksicht, den er vor gestern dahin definierte, das Presbyterium habe „weniger als nichts gethan“, um die finanziellen Verhältnisse des Gymnasiums zu verbessern, besteht darin, daß zwischen 1864 und 1869 das bleibende Budget des Gymnasiums von 8400 auf 10.700 Thlr. gekreist worden ist. (Hört! links.) Keine Schuldverwaltung in Preußen hat in so kurzer Zeit so Großes geleistet! Der Mangel an Geschick wurde sich darin befunden, daß das Presbyterium während vieler Jahre das große, sorgsam angefangene Vermögen zu 5 Prozent verjüngt und noch keinen irgendwie nennenswerten Verlust erlitten hat; der Mangel an Takt darin, daß nach der ausdrücklichen stetlichen Erklärung des Presbyteriums zwischen ihm und irgend einem Lehrer zu seiner Zeit ein Streit wegen Gehaltsverhöhung oder Gehaltsforderung stattgefunden hat. Ich frage die Hansbestitzer, Familienväter und Vorsteher irgend einer Ansatz, ob sie auch von sich sagen können, daß zwischen ihnen und ihren Untergebenen niemals irgend ein Streit bestanden habe. Und was die schuldige Rücksicht gegen die Oberen betrifft, so bemerkte ich, daß der Kommission fast sämtliche Protokolle der Verhandlungen zwischen dem Presbyterium und dem Provinzial-Schulkollegium während dieser ganzen doch hinreichend ärgerlichen Zeit vorgelegen haben, aber nicht in einer einzigen beschwert sich das Provinzial-Schulkollegium über einen Mangel in der Form oder über Mangel an Radigkeitsigkeit seitens des Presbyteriums. — Dem Amendement Techow hat sich der Herr Minister angeschlossen als einer natürlichen Konsequenz der Anträge I. und II.; ich kann nichts anderes thun, als gleichfalls die Annahme empfehlen.

Bei der Abstimmung werden die Nr. 1 und 2 der Petition, die die Kommission empfohlen hatte, fast einstimmig, die Nr. 3 (betr. die Bestätigung des Direktor Lange) nach Techows Antrag mit großer Majorität angenommen.

Nach dieser Abstimmung verlangt der Minister des Innern das Wort: Die Verhältnisse erheben es, daß der Reichstag des Norddeutschen Bundes zum 14. d. M. einberufen werde. Ein gleichzeitiges Lügen des Landtages und Reichstages ist unlösbar. Die Regierung hat sich daher die Frage vorlegen müssen, ob eine Schließung des Landtages vorzunehmen, oder eine Vertagung derselben herbeizuführen sei. Mit Rücksicht auf die Ihnen allen bekannte Lage der Berathung wichtiger Gesetzeinführungen, an deren Erledigung das Land ein lebhafes Interesse hat, hält die Staatsregierung eine Vertagung zu zweckmäßiger. Das Staatsministerium hat deshalb von Sr. Majestät die Ermächtigung erbeten, die Zustimmung des Landtags zu einer längeren Vertagung einzuholen. Diese Ermächtigung ist gestern ertheilt worden. Ich übergebe dieselbe und zugleich folgenden Antrag: „Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung vom 4. d. Mts. ergeht hierdurch an das Haus der Abgeordneten der Antrag zur Vertagung des Landtages des Monarchie vom 14. d. Mts. bis zum 2. Mai d. J. seine Zustimmung zu ertheilen. Das Königliche Staatsministerium.“

Auf Vorschlag des Präsidenten v. Hordenbeck soll dieser Antrag durch Schluberathung erledigt werden und ernannt derselbe zu Referenten die beiden Vizepräsidenten v. Bennigsen und v. Kölle.

Es folgen Prüfungen von Wahlen, die sämmtlich für gültig erklärt werden mit Ausnahme derjenigen des Abg. Reeder, bezüglich deren die Abteilung Ungültigkeitsklärung beantragt. Als Motiv für diesen Antrag macht der Referent v. Brauchitsch (Blatow) geltend, daß 4 Erfolgswahlen von Wahlmännern nicht stattgefunden hätten, deren Stimmen das Resultat der Abgeordnetenwahl zu beeinflussen im Stande waren. Die vollzogenen Erfolgswahlen seien überwiegend auf Grund der alten Abtheilungssystem erfolgt, so das in einem Bezirk das Kuriosum vorgekommen, daß die ganze zweite Abtheilung ausgestorben oder verzogen, kurz vollständig „alle geworden“ war. Abg. Uetteroth bedauert, daß durch die Schuld der Staatsbeamten solche Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind und beantragt zur Untersuchung der Thatsachen die Angelegenheit in die Abtheilung zurückzuweisen. Dieser Antrag wird nach längerer Debatte abgelehnt und die Niedersche Wahl für ungültig erklärt.

Das Haus nimmt hierauf die Berathung der Kreisordnung bei § 50 auf. Derselbe lautet: Der Amtshaupmann hat 1) die Polizei, so weit sie nicht durch besondere Gesetze dem Landrathen oder anderen Beamten übertragen ist, in dem Amtsbezirke sowie in den einzelnen dazu gehörigen Gemeinden und Gutsbezirken, insbesondere also die Sicherheits-, Gefinde-, Armen-, Wege-, Wasser-, Held-, Hilfs-, Gewerbe-, Bau-, Feuerpolizei &c. zu verwalten und 2) die unmittelbare Aufsicht über die Kommunalangelegenheiten der zu dem Amtsbezirk gehörigen Gemeinden und selbständigen Gutsbezirke zu führen. Er hat das Recht, die Befolgungh seiner Verfügungh nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften zu erzwingen.

Hierzu liegen mehrere Amendemente vor. Nach einer längeren Diskussion, die ohne Resultat bleibt, verträgt sich das Haus um 3½ Uhr. — Nächste Sitzung Montag. (Kreisordnung und mehrere kleinere Gesetzewürfe.)

13. Sitzung des Herrenhauses.

Berlin, 5. Febr. Um 2 Uhr fand eine im Laufe des Vormittags plötzlich angefahrene Sitzung statt, in der der Minister des Innern, wie in anderer Hause, den Antrag des Staatsministeriums auf Vertagung des Landtags einbrachte, den der Präsident Graf Stolberg zu schleuniger, wo möglich mündlicher Berichterstattung an die Geschäftsdordnungs-Kommission verweisen will. Graf zu Lippe meint, daß diese Angelegenheit einer besonderen Kommission von 15 Mitgliedern überwiesen zu werden verdiene, die eben so schnell referieren könne wie jene. — Abg. v. Waldau-Steinhöfel schließt sich diesem Antrage um so mehr an, als augenblicklich viele Mitglieder der Geschäftsdordnungs-Kommission abwesend sind und eine Neubildung derselben nur aufzuhalten würde. — Der Antrag des Grafen Lippe wird angenommen. Präsident Graf Stolberg: Jedenfalls scheinen die Tage unseres Hieraus gezählt, ich bitte daher, mich zu ermächtigen, so wie der Bericht fertig geworden, denselben auf die Tagesordnung legen zu dürfen, ohne Rücksicht auf die dreitägige durch die Geschäftsdordnung vorgeschriebene Frist. Schlüß 2½ Uhr. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. Tagesordnung: Vertagungsantrag, Handelskammergesetz, Aufhebung der Wahl- und Schlachtsteuer, Petitionen.

Parlamentarische Nachrichten.

Was die von uns bereits mitgetheilten Vorschläge der Finanz-Kommission des Herrenhauses zu den vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Gesetzentwürfen wegen Ablösung der den geistlichen und Schul-Instituten sowie den frommen und milden Stiftungen zustehenden Reallasten anlangt, so haben sich die Vertreter der Staatsregierung zu denselben abweisend verhalten. Während das Abgeordnetenhaus die Ablösungsfugue nur den Verpflichteten einräumt, will das Herrenhaus sie unter gleichen Bedingungen auch den Berechtigten gestatten; zum

Zweck dieser Ablösung, welche das Abgeordnetenhaus nur durch baare Zahlung des Kapitals eintreten lassen will, sollen die Rentenbanken wieder eröffnet werden. Zu diesen Amendments hat der Finanzminister, dem sich auch der Kultusminister und der Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten angehören, in der Kommission folgende Erklärung abgegeben:

„Zu dem Gesetzentwurf in der Fassung, wie solche vom Hause der Abgeordneten in der Sitzung vom 16. Dezember 1869 angenommen ist, kann ich mich nur Zustimmung erklären, weil die völlige Unabkömlichkeit der qu. Reallasten bestätigt und dem Verpflichteten die Möglichkeit gegeben ist, sich von einer drückenden Last gegen Zahlung des 25fachen Betrages in einer der geistlichen Institute ja nicht verlegenden Weise zu befreien. Der Vorschlag dagegen: auch dem Berechtigten die Provokationsbefugnis zu ertheilen und in diesem Fall die Ablösung durch Vermittelung der Rentenbanken eintreten zu lassen — sowie die dahin abzielende Änderung des Gesetzentwurfs erscheint für Staats-Regierung unannehmbar. Wird durch diese Änderung, welche sich im Wesentlichen als eine Wiederaufnahme des vom Hause der Abgeordneten bereits verworfenen Wellmannischen Amendments charakterisiert, das Zustandekommen des für den Verpflichteten eine genügend Erleichterung verschaffenden Gesetzes in Frage gestellt, so befindet sich der Finanzminister zur Zeit nicht in der Lage, die dem Staate aus der gewünschten Errichtung von Rentenbanken unabsehbar erwachsenden Kosten übersehen zu können. Der Herr Finanz-Minister hält eine völlige Ablösung aller den geistlichen Instituten zu zuständigen Reallasten durch Errichtung der Provokations-Befugnis an die Berechtigten nicht für nothwendig oder zweckmäßig und wird sich über die Errichtung von Rentenbanken erst dann schlüssig zu machen in der Lage sein, wenn beide Häuser des Landtags sich hierfür aussprechen sollten.“

Die Kommission erblickt in dieser Erklärung keine so unbegrenzte Ablehnung ihrer Intentionen, daß sie auf die weitere Verfolgung derselben verzichten sollte.

Berlin, 6. Februar. (Tel.) Die Kommission des Herrenhauses zur Vorbereitung des Vertagungs-Antrags hat heute in Gegenwart des Ministers des Innern über den Regierungsantrag berathen, und nach langerer Diskussion einstimmig beschlossen, denselben abzulehnen. Seitens der Regierung wurde hervorgehoben, daß es namentlich mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen überaus wünschenswerth sei, die Kreisordnung noch in diesem Jahre durchzubearbeiten. Von Seiten der Mitglieder wurde dagegen hervorgehoben, daß es sich nicht empfehle, ein so wichtiges Gesetz in solcher Hast durchzubearbeiten, und daß, da sich voraussehen lasse, daß die Reichstagsession vor dem 20. Mai nicht beendet sein könnte, eine Sommerfession wegen des voraussichtlichen sparsamen Eintretens der Mitglieder durchaus nicht geeignet sei, ein so wichtiges organisatorisches Geetz zu berathen. Zum Referenten für das Plenum wurde Graf zu Münster ernannt mit dem Auftrage, in der morgigen Sitzung mündlichen Bericht zu erthalten.

Lokales und Provinzielles.

Posen, den 7. Februar.

— Die städtische Wasserleitung ist trotz aller angewandten Vorsicht in der Nacht vom Sonnabende zum Sonntag in Folge der starken Kälte auf dem Wilhelmsplatz gebrochen und wurde durch das Wasser, welches aus dem Hauptrohr herausdrang, ein Keller in dem Hause Wilhelmsplatz Nr. 3 überschwemmt. Am Sonntage war man bemüht, zunächst durch Feuer die Erde zu erweichen, um zu dem gesprungenen Rohrstück zu gelangen, und wird seitdem andauernd das Wasser aus dem Keller gepumpt. Bis Montag früh war es noch nicht gelungen, ein neues Rohrstück einzuziehen.

Der für das Jahr 1870 zu erhebende Buschlag zu den grundsteuerpflichtigen Grundstücken in Erhebung kommenden Grundsteuer beabsichtigt die durch die Untertheilung der Grundsteuer in den sechs östlichen Provinzen des Staates entstandenen, beziehentlich noch zu erhebenden Kosten, ist von dem Finanzminister nach den Säzen wie für 1868 und 1869 festgesetzt worden. Der Buschlag wird pro Thaler meist mit 10 Pf. erhoben.

— Anstalt für Staarblinde. Nach einer kürzlich erfolgten Bekanntmachung der Inspektion der v. Gräflichen Klinik zu Berlin findet in diesem Jahre die unentgeltliche Aufnahme auswärtiger staarblinder Kinder am 8. März, 16. April und 26. Mai c. statt. Die Kinder müssen 8 Tage vor ihrer Ankunft der bezeichneten Inspektion anmeldet werden, damit die entsprechende Erweiterung des Hospitals vorgenommen werden kann. Auf freie Aufnahme haben sämmtliche Patienten Anspruch, welche durch ihre Ortsbehörden ihre Mittellosigkeit glaubwürdig nachzuweisen können und für welche seitens ihrer Kommune keine Armenfonds disponibel sind. Patienten, deren Verpflegung durch öffentliche Armenfonds oder Privatunterstützungen gedeckt wird, werden zu dem täglichen Verpflegungssatz von 12½ Sgr. aufgenommen. Die Kostenfreie Überkunft bleibt Sache der Kinder, ebenso sind die nötigen Mittel für die Rücksichtserhaltung in die Heimat gleich mitzubringen, um etwaige Schwierigkeiten bei der Entlassung zu vermeiden. Da die Patienten für Kleidung und Bettwäsche selbst zu sorgen haben, so ist die nötige Ausstattung für einen 4-wochigen Aufenthalt einzurichten.

— Zur polnischen Wahltagitation. In der Angelegenheit der bevorstehenden Wahlen bringt der „D. Pog.“ einen längern Artikel, welcher, nachdem in der Einleitung der Solidarität und der Verüchtigung des allgemeinen Volkswillens das Wort geredet worden ist, den Vorschlag enthält, zunächst ein deutliches, kurzes und praktisches Wahlregulativ anzufertigen und ein Organ zu konstituieren, welches mit dieser Arbeit betraut werden könnte. Eine Kommission des zeitigen vielangestrebten Wahl-Komitees soll mit einer Deputation der polnischen Abgeordnetenfraktion — der „D.“ nennt die Namen Dr. Libelt, Graf Bniński und Czarlinski — zusammengetreten, Vertrauensmänner aus allen Kreisen nach Posen zusammenzurufen und mit ihnen in Gemeinschaft das auszuarbeitende Regulativ berathen. Dieses soll dann für alle polnischen Staatsangehörigen Preußen moralische und rechtliche Gültung haben.

— Die außerordentliche Räte, welche wir gegenwärtig haben, trat am 31. Januar (Montag) gegen Abend ein. Noch am 30. wehte Nordwestwind, doch war der Barometerstand bereits hoch: 28 Soll 1,26 Minen, die Temperatur betrug aber nur -1,3 Grad. Am 30. gegen Abend sprang die Windrichtung nach Südosten um, das Barometer stieg andauernd, und das Thermometer sank am 31. (Dienstag) von 2 Uhr Nachmittags bis 10 Uhr Abends um 8 Grad, bis auf -12,4 Grade. Seitdem beträgt die Temperatur des Morgens 6 Uhr regelmäßig -13 bis -16 Grade (gestern und heute früh -21); es weht ein starker Ostwind, und das Barometer behält seinen hohen Stand von etwa 28 Soll 3 bis 5 Min. bei. Wir schließen hieran die auswärtigen Witterungsberichte vom 5. Febr.: Memel -19, Danzig -17,8, Stettin -13,4, Berlin -11,8, Ratibor -19,2 Breslau -17,2, Münster +1, Köln -1,2, Paris +4,4, Petersburg -23,8 Moskau -26.

— Erfroren. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabende wurde ein Gemeiner des 46. Regiments bei der Ablösung tot auf seinem Posten auf der äußeren Enzette des Kernwerks gefunden. Der Tod war durch Hirnlähmung in Folge der außerordentlichen Kälte erfolgt, der Körper war bereits zum Theil erstarckt und blieben alle Wiederbelebungsversuche fruchtlos. Der Mann war ebenso, wie sämmtliche weit vorgesetzten Posten bei der gegenwärtigen Kälte, mit einem Pelze über dem Mantel und außerdem mit Strohschuhen über den Stiefeln bekleidet; die Ablösung dieser Posten erfolgt alle Stunden. Allerdings weht dort oben auf dem Kernwerk gegenwärtig ein außerordentlich rauer Ostwind und ist die Temperatur stets noch um einige Grade niedriger als in der Stadt. — Es ließ, ein Postillon sei auf der Strecke von Schwerin nach Posen in der vergangenen Nacht erfroren; doch hat sich dies nach eingezogenen Erkundigungen nicht bestätigt. Dagegen sind vielen Personen einzelne Gliedmaßen erfroren, so z. B. drei hiesigen Fleischergefallen, welche vor einigen Tagen von Kobylepole Vieh hierher transportirten und mit erfrorenen Ohren hier anlangten. Das beste Mittel, um die erfrorenen Gliedmaßen wieder aufzutauen, besteht in der Anwendung von Schnee oder in Ermangelung dessen, von eiskaltem Wasser.

○ Koblenz, 2. Febr. [Vereine. Berichtigung.] Der hiesige Vorstuhverein hat in der kurzen Zeit des Bestehens erfreuliche Fortschritte gemacht. Derselbe ist vor 1½ Jahren vom Hrn. Dr. Kompf hier und vom Hrn. Przytucki auf Bagienki ins Leben gerufen worden und hat mit 37 Mitgliedern begonnen, während jetzt schon deren 105 sind. Die am 30. v. M. im Langenschen Hofe stattgehabte Generalversammlung fand unter zahlreicher Beteiligung statt. Vom Vorsitzenden Hrn. Dr. K. wurde der Geschäftsbuchbericht pro 1869 verlesen, der die geistliche Tätigkeit des Vereins dokumentirt. Einnahme: Remanenten aus dem Jahre 1868 226 Thlr. 29 Sgr. 3 Pf., laufende Beiträge 622 Thlr. 22 Sgr., Eintrittsgelder 14 Thlr. 10 Sgr., Depositen 263 Thlr., Procent von den ausgeliehenen Kapitalien 292 Thlr. 25 Sgr. 5 Pf., zurückgezahlte Darlehen 4612 Thlr. 15 Sgr., Reservesfonds 8 Thlr. 10 Sgr., in Summa also 8413 Thlr. 21 Sgr. 8 Pf. Ausgaben: Ausgeliebte Darlehen 6950 Thlr. 10 Sgr. 4 Pf., zurückgezahlte Depositen 1191 Thlr., Administrationskosten 96 Thlr. 9 Sgr., beauftragte Beiträge an den pensionirten Bürgermeister Pf. 4 Thlr. 15 Sgr., bezahlte Bitten von den Depositen 63 Thlr. 4 Sgr. 6 Pf., in Summa 8305 Thlr. 7 Pf. Demnach war Anfangs d. J. ein Kassenbestand von 108 Thlr. 21 Sgr. 1 Pf. Besonders günstige Umstände machten es möglich, eine Dividende von 5 Sgr. für jeden Thaler Einlagekapital an die Mitglieder zu verteilen, wobei noch an 12 Thlr. dem Reservesfonds überwiesen wurden, der jetzt schon auf 104 Thlr. angewachsen ist. Der Geschäftsbuchbericht wurde hierauf von den Vereinsmitgliedern dechirirt, dann wurde beschlossen, daß jedes von nun ab neu eintretende Mitglied statt 10 Sgr. 15 Sgr. zahle, weil doch dieses mit den früheren Mitgliedern an dem Reservesfonds gleiches Recht hat. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt und an die Stelle des einen Vorstandsmitgliedes, Hrn. Gastwirths Wagner, der durch Krankheit oft verhindert ist, den Nachfolger bezwohnen, wurde Hrn. Probst v. Dandelski neu gewählt. Zum Schluß sprach Hrn. Probst Zappert über den wohlthätigen Zweck des Vereins und forderte die Versammlung auf, den Gründern des Vereins, dem Hrn. Dr. K. und dem Hrn. v. P. den Dank durch Aufstellen von ihren Plänen an den Tag zu legen. Hiermit wurde die Versammlung geschlossen. Die Aufgabe des Vereins ist besonders auch gerichtet, den in der Umgegend wohnenden Landwirthen die von Bucherern arg geplagt werden, unter die Arme zu greifen. Einen nachahmungswerten Akt der Wohlthätigkeit übt der Rittergutsbesitzer Hrn. v. Modlibowski auf Stromolice, indem er dem Vorstuhvereine gleich bei seinem Entstehen 50 Thlr. schenkte, welche, wenn etwa der Verein sich auflösen sollte, zu wohlthätigen Zwecken verwendet werden sollen. — Der hiesige Gesangverein hat ungefähr 2 Jahre bestanden und Anfangs treulich geleistet. In der letzten Zeit jedoch hat sich eine eigenthümliche Laiheit gezeigt. Viele wollen diese Dirigenten gefunden haben. Andere wiederum bei einzelnen aktiven Mitgliedern, die Nebenzwecke verfolgen und somit das Ansehen des Vereins untergraben. Schon der letzte Vereinsball zeigte, daß diesem Verband jede Lebensfähigkeit abhanden gekommen sei und so wurde auch in der am 31. v. M. stattgefundenen Generalversammlung die Auflösung des Gesangvereins beschlossen und den Bestand der Kasse, nicht wie es sonst wohl üblich ist, zu einem Wohlthätigkeitszwecke verwendet, sondern unter die Mitglieder verteilt.

— Auch unser Feuerverein hat noch keine bedeutenden Fortschritte gemacht; er hat in der kurzen Zeit seines Bestehens nur noch 3 Mitglieder erhalten, so daß er im Ganzen aus 14 Mitgliedern besteht. Dessen ungeachtet ist ein festes Zusammethalten im Vereine unverkennbar und weiß man sich dort die Zeit so müßig wie möglich zu vertreiben. Nicht eingetragene Schriften wurde in der letzten Zeit „Nathan der Weise“ von Lessing vorgelesen und zum Schluss der Vorlesungen wußte ein Mitglied durch humoristische Vorträge die Gesellschaft zu erheitern. — Zur Steuer der Wahrheit erlaubt sich höchst noch zu bemerken, daß dem Kassenwärter der hiesigen jüdischen Gemeinde 50 beisteuernde Mitglieder, Bebauung Einziehung der Beiträge überwiesen sind; unter diesen sind auch 18 am niedrigsten besteuernd mit einem jährlichen Gesamtbeitrag von 31 Thlr. zu Kultus- und Schulzwecken. Erwähnt man, daß von den 50 Mitgliedern nur 5 am höchsten besteuert sind, so dokumentirt dies wohl vollständig den Wohlstand der Gemeinde.

○ Krotoschin, 7. Febr. [Vorstuhvereine. Frauenverein.] Bei der am 23. Jan. c. abgehaltenen Generalversammlung des Vorstuhvereins zu Dobrzyn kam der Rechnungsabschluß vom Jahre 1869 zur Verlage. Derselbe ergab als Aktiva des Vereins die Summe von 825 Thlr. 21 Sgr. 3 Pf., die Passiva betrugen gleichfalls 825 Thlr. 21 Sgr. 3 Pf. Die Zahl der Mitglieder betrug ult. 1869 nach Austritt von 5 und Zutritt von 14 Mitgliedern 58 und wurden Spareinlagen mit 4 p. Et. Darlehen mit 5 p. Et. verjüngt. — Auch in der Stadt Borek existiert ein Vorstuhverein, leider aber ist es uns nicht vergönnt, einen Bericht seiner Geschäftstätigkeit zu veröffentlichen, weil dieser Verein ein Monopol der dortigen katholischen Einwohnerschaft bildet und Mitglieder anderer Konfessionen nicht zugelassen werden, dessen Geschäfte daher auch Geheimnis bleiben. Ist schon eine solche Abgeschlossenheit des katholischen Vorstuhvereins zu bedauern, so ist es doch noch bedauernswert, daß von deutscher Seite gar nichts geschieht, wodurch dem kleinen Handels- und Handwerkerstand durch Gründung einer Hilfskasse in Borek die Möglichkeit zur Leitung ihrer Verhältnisse geboten wird. — Der evangelische Frauenverein zu Krotoschin hat im Jahre 1869 sehr wohlthätig gewirkt. Nach seinem Rechenschaftsberichte betragen die Einnahmen im vorigen Jahre 83 Thlr. 5 Sgr. Die Ausgaben für Bekleidung von 15 Mädchen mit Sommer- und Winterkleidung und zur Beschneidung der Pfleglinge zu Weihnachten überhaupt 81 Thlr. 7 Sgr. 3 Pf.

fortsetzte. — Gegen Ende v. M. wurde auf der Feldmark Niegolewo, 1½ Meile von hier, eine Frauensperson erschossen gefunden, deren Persönlichkeit bis jetzt nicht festgestellt werden konnte. Neben ihr lag ein Korb mit verschiedenen Artikeln, 2 Flaschen Bier und eine leere Branntweinflasche. Die Stadtverordneten haben auf Vortrag des Vorsitzenden gen. H. Wolfsohn in heutiger Sitzung beschlossen, 50,000 Stück Tuch sofort anzukaufen und unter die hiesigen Armen zu vertheilen.

Strzalkowo, 3. Febr. [Extr.]. Andacht. Ein Arzt gewünscht. Die grimmige Räthe hat hier am 2. Febr. ein Opfer gefordert; der Vorwerksbeiter v. Kieft aus dem nahen Bielawy ist ihr auf seinem Heimwege erlegen. Der Unglückliche hatte die Straße verlassen und den Weg über's Feld eingeschlagen, weshalb man seinen Leichnam erst am nächsten Morgen auffand. Derfelbe war gegen Abend von einem Kinderaus aus Strzalkowo zu Fuß nach seinem Wohngarten zurückgekehrt. — Die legte kirchliche Andacht fand bei den hiesigen Protestanten in reicher erhabener Weise statt. Dr. Dörrichts-Kommissarius Heit hatte den Andächtigen eine angenehme Überraschung dadurch bereitet, daß er sein schönes Harmonium, welches in einem kleinen Kirchlein ausreichend eine Orgel vertritt, zur Feier des Gottesdienstes geliehen hatte. Es wäre sehr zu wünschen, daß die hiesigen Parochianen ihren Sinn für Kirchlichkeit durch Anschaffung eines derartigen Instruments an den Tag legen möchten. Aus vereinten Kräften liege sich diese Ausstattung unseres Betrauerns ohne Druck beschaffen. — Recht führbar macht sich hierder Mangelneins praktischen Arztes, welcher der Praxis im Innern und Auslande halber beider Landesprachen fundig wäre. Strzalkowo ist der Sitz des Haupt-Zoll-Amts, der Post-Anstalt und des Distrikts-Amts, mit starker Bevölkerung, Kaufleuten und Handwerker, und der Mittelpunkt viel und reich bewohnter Umgegend. Die weite Entfernung des nächsten Arztes und einer Apotheke sichert sowohl ihm, als einer mit ihm ersehnten Hausapotheke lebendigen Zuversicht und gute Erstbenennungen.

Strzalkowo, 4. Febr. Seit 14 Tagen ist aus Polen so viel Spiritus ausgeführt worden, daß der große Platz vor dem hiesigen Hauptzollamt nicht leer geworden; das Verwegen, Versiegeln, Auf- und Abladen, dauerte vom frühen Morgen bis zum Abend, wodurch den Beamten selbstverständlich eine erhebliche Mehrarbeit erwächst. Daß dies jetzt so stark geht, mag auch keinen Grund darin haben, daß zu Wasser im Winter mit den Schiffen nichts befördert werden kann, eben so stark ist der Getreidetransport. Für die Beförderung von Waaren und andern Sachen nach Polen ist eine große Erleichterung insofern eingetreten, als seit Neujahr kein Chauffeegeld in Russland von den Frachtgütern mehr erhoben wird. Dieser Zoll war bedeutsam, indem er sich je nach Gattung der Ladung steigerte, nun können die Gegenstände per Wagen jetzt ebenso befördert werden, wie mit der Eisenbahn, bei denen dieser Zoll längst aufgehört. Dagegen tritt eine Erleichterung für das reisende Publikum nicht ein; früher konnte wenigstens die Grenze vor Sonnenauftand nach Sonnenuntergang mit Extrahost passirt werden, jetzt hat auch diese Begünstigung aufgehört.

Schwedt a. B., 5. Febr. In der hiesigen ev. Gemeinde wurden im Jahre 1869 169 Kinder geboren, und zwar 85 männliche und 84 weibliche; darunter befanden sich 5 Zwillinge, 8 totgeborene, und 12 uneheliche Kinder. Im Ganzen sind 20 Geburten mehr, als im Jahre 1868. Konfirmirt wurden 48 Knaben und 39 Mädchen, also im Ganzen 87 Kinder; 7 weniger als im vorigen Jahre. Getraut wurden 53 Paare, 17 Paare mehr als im vorigen Jahre; darunter nur 1 Witwenge. Geforben sind 126 Personen, nämlich 63 männliche und 63 weibliche; im Ganzen 20 mehr als im Jahre 1868.

Zirchstiegel, 3. Februar. [Tolle Hunde. Schuld des Todes.] Die tollen Hunde nehmen dies Jahr in hiesiger Gegend gar kein Ende. So findet im letzten Drittel des vorigen Monats außer in Zirchstiegel auch noch in Altenhof, Kawczynski, Kożmin und Majewo hiesiger Kreises tolle Hunde gesessen und getötet worden. Die Schuld daran, daß die Tollwut unter den Hunden nun schon seit mehreren Monaten andauert, tragen freilich die Besitzer dieser Thiere selbst, welche gehördlich die polizeilichen Verordnungen erst dann respektiren, wenn bereits einige Strafen festgesetzt und eingezogen worden sind. Geschicht das letztere nicht, dann werden auch die Hunde nicht angebunden, wenngleich man in vielen Fällen sicher weiß, daß diese von einem tollen gebissen wurden sind. — Ungeachtet der allgemeinen Schulpflichtigkeit der Kinder vom 6. bis 14. Lebensjahr wurde vor circa 14 Tagen einem hiesigen Lehrer aus einer benachbarten Ortschaft ohne Unterrichtsanhalt ein 11jähriger Knabe in die Schule gebracht, welcher bis dahin noch nie eine solche betreten hatte. Solchen Individuen ist freilich nur noch der Militärdienst als die einzige Bildungsschule vorbehalten. — In den ländlichen Schiedsamtbezirken des Weserter Kreises wurden im Jahre 1869 im Ganzen 413 Sachen anhängig gemacht, darunter 322 Injurien. Erledigt wurden: a) durch Vergleich 217, darunter 149 Injurien, b) durch Zurücksetzung an den Richter 144, darunter 127 Injurien. Am Schlusse des Jahres blieben anhängig 4, darunter 2 Injurien.

Aus dem Gerichtsaal.

Berlin, 4. Febr. Heute gelangte die von dem ehemaligen Seminaristen und späteren Schauspieler Otto Bieland gegen das gegen ihn erlassene Schwurgerichtserkenntniß, welches ihn wegen verühten Mordes aus den §§ 175 und 31 Strafgesetzes, zu 12jähriger Haftstrafe verurtheilt, eingelagerte Nichtigkeitsbeschwerde vor dem Obertribunal zur Kontestation. Derfelbe hatte bekanntlich am 8. August v. J. gegen den in der Domkirche fungirenden Domhofsprecher Vicentiat Dr. Heinrich ein Pistol abgefeuert, denselben jedoch verfehlt. In dieser Handlung war der Thatbestand des verühten Mordes gefunden worden. Die Nichtigkeitsbeschwerde rügt, daß die den Geschworenen vorgelegte Frage nicht die wesentlichen Merkmale der intramurinen That enthalten habe; es habe insbesondere die Feststellung gefehlt, ob der von dem Implorenten gemachte Versuch einen Anfang der That enthalten habe. Ferner sei nicht aus dem Audiengespräch ersichtlich, ob gleichwie die Ent- und Belastungszeugen als Zeugen admonirt und an die Heiligkeit des Eides ermahnt worden seien. Namentlich sei dies nicht mit dem Zeugen Münchhoff getheilt, und hierdurch wie durch die Nichtstellung der Generalfragen an sämtliche Zeugen ein Verhöhl gegen die §§ 317 und 319 der Kriminalordnung begangen worden. Die Oberstaatsanwaltschaft reklamierte hierauf, daß die Fragestellung dem Wortlaut des Gesetzes vollkommen entsprochen habe, und es nach dem Protokolle keinem Zweifel unterliege, daß die Entlastungszeugen ebenso wie die Belastungszeugen admonirt und

an sie die Generalfragen gerichtet worden seien. Auch involuire die Unterlassung dieser beiden Erfordernisse keinen Nichtigkeitsgrund. Das Obertribunal erkannte auf Zurückweisung der Beschwerde, da dieselbe unmotiviert sei.

Staats- und Volkswirthschaft.

Berlin, 4. Febr. Vorlagen für den 3. Kongress norddeutscher Landwirthe. Die Lage der Weber in den Bergwerken. Dem 3. Kongress norddeutscher Landwirthe werden einige Vorlagen über die Regelung der ländlichen Kreditverhältnisse zugehen. Die Kommission seines Ausschusses, welche ebenfalls schon in seinen Hauptpunkten bekannte Anträge stellt, verlangt die Einführung einer geordneten Amortisation der Hypotheken, sowie eine bankmäßige Vermittlung ihrer Binszahlung und macht hierzu Vorlage, nach welchen mit jeder Landwirtschaft eine Hypotheken-Zilgungskasse, wie eine solche für Westpreußen bereits in Aussicht genommen ist, verbunden sein soll. Diese soll die Amortisation von Hypotheken vermitteln. Es soll ihr jedoch ein flagbares Recht gegen den Grundbesitzer auf Zahlung der Annuitäten nicht zugeschenkt werden. Wenn die Zahlung ausbleibt, so soll sie dem beteiligten Gläubiger davon Mitteilung machen, dem es unbekannt bleibt, die Hypothek zu kündigen. Sobald die eingezahlten Amortisationsraten den Vertrag einjähriger Binsen erreicht haben, soll die Zilgungskasse auf Antrag der Beteiligten die Vermittlung der Binszahlung übernehmen, eine Thätigkeit, welche sie auch für nicht zu amortisirende Hypotheken ausüben soll, wenn es gewünscht und halbjährige Binsen vorausgekündigt werden. Die Zilgungskasse der verschiedenen Landwirthe sollen für einander die Einlösung der fälligen Coupons beorgen und für diesen Zweck in Berlin eine Zentralstelle gründen. — Mit Rücksicht auf die jetzt beendigte Arbeiterbewegung in Waldenburg dürfte es von Interesse sein, zu erfahren, daß der Jahresbericht der Handelskammer für die Kreise Reichenbach, Schweidnitz und Waldenburg pro 1868, welcher sich auch eingehend über die dortigen Arbeiter-Verhältnisse ausläßt, die Lage der Arbeiter in den Bergwerken im Allgemeinen eine günstige nennt, da sowohl ausreichende Gelegenheit zur Arbeit, als eine angemessene Höhe der Löhne bestand. Es fanden beim Steinholzbau 6,387 Bergleute mit 9739 Familien-Angehörigen ihren Unterhalt. Die Zahl der Arbeiter bei den übrigen Bergwerken wird nicht angegeben, dagegen der Umfang der Produktion. Steinholz wurden gefordert 25½ Millionen Cir. im Werthe von 2,860,000 Thlr., Braunkohlen 7475 Tonnen im Werthe von 608 Thlr. und Erze 633,000 Cir. im Werthe von 2355 Thlr. Die Eisenhütten-Produktion belte sich auf 124 Mill. Cir. An aufgezehrten Waaren wurden außerdem noch ca. 20,000 Cir. produziert.

Paris, 5. Febr. (Tel.) "Constit." meldet, daß die Minister des Krieges und des Innern der Genehmigung des Kaisers einen mit einem Pariser Bankhaus abgeschlossenen Vertrag, betreffend die Herstellung eines telegraphischen Kabels zwischen Frankreich, Algerien und Malta unterbreitet haben.

Bermischt.

M. Berlin, 2. Febr. Gestern hielt der Verein deutscher Lehrerinnen und Erzieherinnen seine Monatsversammlung. Die geschäftlichen Mittheilungen besprechen besonders die Frobelsektion, welche regelmäßig ihren Fortgang nimmt, und das Stellenvermittlungsbureau, von welchem der rechts Schulvorsteher und Vorsteherinnen fleißigen Gebrauch machen, so daß eine beträchtliche Zahl guter Stellen an Schulen und auch in Familien zum Angebot kamen. Näheres darüber bei der Schulvorsteherin Fr. Neumann, Blumenstr. 83. Hierauf folgte der Vortrag des Fr. Sophie Siedler: „Über Ertheilung des Religionsunterrichts durch Lehrerinnen.“ Die vorliegende beklagte die Mängel der heutigen weiblichen Erziehung und behauptete, daß den jungen Mädchen Alles fehle, um das beglückende Element des Hauses zu werden. Wenn die Schranken aber schon in den besseren Ständen gegen früher bedeutend erweitert sind, so ist bei den Mädchen aus dem Volke ein Sinten von Anstand und Sitte immer mehr im Zunehmen. Würde den Lehrerinnen in der Volksschule der Religionsunterricht in den oberen Klassen übertragen, so wäre ein Mittel geboten, auf die Schülerinnen, welche zu Hause oft wenig Sicht und Sitte kennen lernen, durch Vorführung edler Beispiele aus der Bibel einzuführen. Geht den Lehrerinnen auch dogmatisches Wissen ab, so wird aus ihrem Munde es besser zum Herzen der Kinder dringen, wenn ihnen die fromme Geschäftigkeit einer Rebella, die rührende Kindesliebe der Ruth, der häusliche Sinn und die Geduld der Martha und Maria durch Frauen vorgeführt werden. Diese werden besser im Stande sein, als die Männer, die Mädchen in der Liebe, in der Freigabe im Glauben zu stärken, und indem sie auf ihr Gemüth wirken, werden sie auch die Leiterinnen ihrer Gedanken werden. In der hierauf folgenden Besprechung wurde bemerkt, daß die Schäden noch anderswo liegen müßten, da der Verfall der Sittlichkeit in den niederen Ständen immer mehr zunimmt, trotz der zahlreichen Religionsstunden in den Volksschulen, und daß auch in Berlin den Lehrerinnen nicht die oberen Klassen verschlossen seien. Es wurden einige Gemeindechancen genannt, in welchen der Unterricht überhaupt bis zur ersten Klasse in den Händen der Damen liegt. Der als Gast anwesende Fr. v. Oppeln machte den Vorschlag, um Anstellung von Lehrerinnen durch Behörden auf dem Lande und in kleinen Städten zu petitionieren, damit der weibliche Einfluß ein eingreifender würde. Als Ort, wo hin die Petition zu richten sei, wurde das Abgeordnetenhaus bestimmt. Es wurde eine Kommission aus Vorstands- und anderen Vereinsmitgliedern gewählt, welche sich mit dem Entwurf einer Petition beschäftigen und der bevorstehenden Generalversammlung vorlegen soll.

* **London**, 2. Febr. Livingstone soll erschlagen sein. Der Kapitän Ernest Cochrane, welcher an der Westküste Africas das britische Kriegsschiff Petrel befehligt, schreibt unterm 9. Januar d. J. an seinen Schwiegervater Richard Doherty: „Einige Zeilen, um Ihnen mitzutheilen, daß Dr. Livingstone von den Eingeborenen 90 Tagreisen vom Kongo getötet und verbrannt worden ist. Er war durch eine Negerstadt gekommen und schon drei Tage weiter gewandert, als der König der Stadt starb. Die Einwohner erklärten, Livingstone habe ihn befreit, ließen ihn zurückholen, sagten ihm, er habe ihren König befreit und müsse sterben. Darauf töteten und verbrannten sie ihn. Diese Nachricht kommt bisher durch einen portugiesischen Händler, der die Gegend bereist hat. Livingstone war an den See im Quellgebiete des Kongo und auf dem Wege zu dem Strom selbst, an dessen Mündung er herauskommen wollte. Ich glaube, daß diese Nachricht wahr ist.“ Die Thatsache wäre so traurig für die Wissenschaft, daß wir, bevor wir an sie glauben, Ihre Bestätigung abwarten müssen.

Briefkasten.

P. Der in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 3. d. M. von dem Abg. Lent als Schüler des Friedrichs-Gymnasium zu Breslau angeführte Justizminister v. Mühlner ist der Vater des gegenwärtigen Kultusministers v. Mühlner, welcher ebenfalls genannte Gymnasium besucht hat. Der Justizminister v. Mühlner, geb. 1780, ist am 15. Januar 1857 in Berlin gestorben. Der jetzige Kultusminister ist gegenwärtig 56 Jahr.

Handels-Register.

In unser Register zur Eintragung der Ausförliehung oder Aufhebung der ehelichen Gütergemeinschaft ist aufgezogene Verfügung vom 28. Januar d. J. unter Nr. 2.6 heute eingetragen, daß die Frau **Albertine Arndt** geb. **Mehner** zu Breslau nach Gründung des Konkurses über das Vermögen ihres Ehemannes, des Kaufmanns **Carl Ludwig Arndt** zu Breslau durch gerichtliche Verhandlung vom 14. Januar 1870 die bisher in ihrer Ehe bestandene Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen hat.

Posen, den 29. Januar 1870.

Königliches Kreis-Gericht.

Erste Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Das in der Stadt Posen auf der Vorstadt St. Martin unter Nr. 278, Mühlensstraße Nr. 16 belegene, im Hypothekenbuch Vol. III. Pag. 483 seqq. eingetragene, laut der gerichtlichen Tage auf 51,481 Thlr.

seine Gattin, geborene Adelheid v. Gosler, 47 und der Bruder des Kultusministers, Geheimer Kabinett-Rath Ferdinand v. Mühlner, ist 49 Jahr alt.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. iur. Basner in Breslau.

Kunstgedenkblatt an das Konzil.

Es wäre bedauerlich, wenn der falsche Eis der Kolporteur, wie er hierlich in dieser Zeitung aus Grätz gemeldet wurde, der Sache selbst schaden möchte. Dem Verdruß über den Kolporteur oder dem Mangel an Sachverständigen ist wohl auch nur zuzuschreiben, wenn der Korrespondent behauptet, das Bild sei kaum 10 Sgr. wert. In Wahrheit ist der Preis von 1 Thlr. 10 Sgr. wie er auch in dieser Zeitung annonciert war, ein äußerst geringer im Vergleich zum Kunstwerk. Von Sachverständigen wird das Bild ganz anders beurtheilt, so steht im Heft des „Büdauer Anzeigers“ folgendes:

Von dem rühmlich bekannten Professor Scheuren erschien soeben ein Gedenkblatt an das Konzil in prachtvoller Chromolithographie (Barbendruck). In der Mitte desselben steht man in goldenem Rahmen das Innere der St. Peterskirche mit den zum Konzil unter Vorst. des Papstes Verfammelten und der Umschrift „Visum est spiritui sancto et nobis“ über denselben die heilige Jungfrau und St. Petrus, zu beiden Seiten unter den päpstlichen Insignien und jenen der Kardinale und Bischöfe, in mittler reicher, die Früchte des Friedens bedeutender Arabesken und Guerlanden von Ahren und Trauben die Daten der verschiedenen Konzilien, sowie die Porträts derjenigen Päpste, die erste zusammenberiefen; ferner das Innere des Battangs, die Kirchenväter ic. Katholischen Familien darf dieses Gedenkblatt mit Recht als schöne Sammlung empfohlen werden.“ Und die „Köln. Volkszeitg.“ sagt: „Es bietet dieses Prachtbild gleichsam ein Pendant zu dem früher erschienenen Kunstdenkblatt an die Jubelfeier Pius IX., welches sich bei allen Katholiken der günstigsten Aufnahme erfreut.“ Ich hoffe, daß auch das Konzilbild eine freundliche Aufnahme bei den katholischen Geistlichen und Laien finden wird.

S. Lehrer.

Es wird in mehreren Blättern gegen das Bankhaus **Isenthal & Co.**, die wirklichen Generalagenten der Verloofung der Altonaer Ausstellung 1869, mit polemischen Artikeln vorgegangen, die darauf berechnet sind, dieser großartigen Verloofung zu schaden, indem man bemüht ist, die selbe in Betrieb ihres Werthes und ihrer vortheilhaftesten Einrichtung in den Augen des Publikums herabzusezen. Wer das seit 30 Jahren unbedenklich und in bestem Rufe stehende Bankhaus Isenthal & Co. in Hamburg kennt, wird sofort erkennen haben, was man von diesen nichtrückigen Artikeln zu halten hat, doch dürfte für viele die Sicherheit Wert haben, daß die beste Quelle für den Bezug der Lose der Alt. Ausstellung-Verloofung die Generalagentur resp. das Bankhaus Isenthal & Co. in Hamburg ist. Diese Firma versendet das Los für 1 Thlr. gegen Postvorschuß, Bareinsendung oder Nachnahme und da der größte Theil der Lose bereits vergriffen, findet diese Riesenziehung schon in den nächsten Wochen statt. Hoffen wir, daß wenigstens einer der großen Hauptgewinne Spieler unserer Stadt zufällt, wo die Belebung nicht unbedeutend sein soll.“

Bis Freitag den 11. d. Mts. bin ich täglich von 10 bis 5 Uhr für Bekleidende zu konsultiren.“

Elisabeth Kessler, i. 3., Hotel de Rome.“

Böhmisches Lagerbier,

(auch Bergschlößchen genannt)

pro 100 Flaschen 3 Thlr. 10 Sgr., pro 120 Quart 8 Thlr., ist wieder vorrätig bei

Friedr. Dieckmann.

(Eingesandt.)

Keine Krankheit vermag der deliziösen Revalesciere du Barry zu widerstehen und beseitigt dieselbe ohne Medizin noch Kosten alle Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsens-, Schleimhaut-, Athem-, Blasen- und Nierenleiden, Schwindsucht, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhoe, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wassersucht, Fieber, Schwindel, Blutaufsteigen, Übelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichsucht. — 70,000 Genesungen, die aller Medizin widerstanden, worunter ein Zeugnis Sr. Heiligkeit des Papstes, des Hofmarschalls Grafen Pluskow, der Markgräfin de Brehan. Copie dieser Certifikate wird portofrei und umsonst auf Verlangen gesandt. — Nahrhafter als Fleisch, erspart die Revalesciere Chocolatée 50 Mal ihren Preis in anderen Mitteln, wie auch die Revalesciere Chocolatée mehr als Fleisch und gewöhnliche Chocolade nährt; sie wird bei Erwachsenen, wie bei den schwächsten Kindern mit gleich gutem Erfolge angewandt, giebt Kraft, Schlaf und guten Appetit, fördert die Verdauung und macht geistig und körperlich gesund und frisch.

Dieses kostbare Nahrungsmittel wird in Blechbüchsen mit Gebrauchs-Anweisung von ½ Pf. 18 Sgr., 1 Pf. 1 Thlr. 5 Sgr., 2 Pf. 1 Thlr. 27 Sgr., 5 Pf. 4 Thlr. 20 Sgr., 12 Pf. 9 Thlr. 15 Sgr., 24 Pf. 18 Thlr. verkauft. — Revalesciere Chocolatée in Pulver und Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr. — Zu beziehen durch Barry du Barry & Co. in Berlin, 178. Friedrichstr.; in Wien Freiung 6.; in Frankfurt a. M. 10. Rossmarkt; in Hamburg 41. Katharinenstraße; in Breslau bei S. G. Schwarz, Eduard Groß, Gustav Scholz; in Königsberg i. P. A. Kraatz, Bazar zur Rose; in Danzig, Albert Neumann; in Bromberg, S. Hirschberg, in Firma Julius Schottländer und in allen Städten bei Droguen-, Delikatesse- und Spezereihändlern.

während der gewöhnlichen Dienststunden eingeführen werden. Diejenigen Personen, welche Eigenthumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Rechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothekenbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungstermine anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Bu-

Handels-Register.

In unser Firmen-Register ist zufolge Ver-
fügung vom 26. Januar 1870 bei Nr. 1007
heute eingetragen:

Die Firma **M. Telerowicz** zu Posen
ist durch Kauf auf den Kaufmann
Thomas Telerowicz zu Posen über-
gegangen.

Posen, den 28. Januar 1870.
Königliches Kreisgericht.
Erste Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Das dem Kaufmann **Sigismund Berends** gehörige, in der Stadt Posen unter Nr. 163 der Vorstadt St. Martin befindliche Grundstück, abgeschätzt auf 25,802 Thlr. 8 Sgr. 8 Pf. zufolge der nebst Hypothekenchein in der Registratur einzufügenden Tage, soll

am 17. März 1870,

Vormittags 11 Uhr,
an ordentlicher Gerichtsstelle subhäftigt werden.
Der Kaufmann **Sigismund Berends** und die dem Aufenthalte nach unbekannten Gläubiger:

a) das Fräulein **Wanda Ursula Szamorska**,
b) der Handlungsgehilfe **Wilhelm Friedrich Immanuel Werner**; früher zu Posen wohnhaft,
werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Posen, den 17. August 1869.

Königliches Kreisgericht.

Abtheilung für Civilsachen.

Subhastations-Patent.

Das der Frau Gutsbesitzerin **Florentine Pauline v. Zalzewska** gehörige Vorwerk **Kossakovo** soll im Termine

den 9. März d. J.

Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle im Wege der notwendigen Subhastation versteigert werden. Dasselbe ist mit einem Heinentrage von 153,00 Thlr. und mit einem Nutzungswerte von 44 Thlr. zur Grund- resp. Gebäudesteuer veranlagt worden und enthält an Gesamtmaß der der Grundsteuer unterliegenden Flächen 273 Morgen.

Der Auszug aus der Steuerrolle, der Hypothekenschein, etwaige Abchlägungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen in gleicher befondre Kaufbedingungen, können in unserm Bureau III. während der Geschäftszeit eingesehen werden.

Alle diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite, zur Wirthschaft gegen dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürfende aber nicht eingetragene Realechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeldung der Präsentation spätestens im Versteigerungs-Termine anzumelden.

Das Urteil über die Ertheilung des Zuschlages soll im Termine

den 11. März 1870

Mittags 12 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle veräußert werden.

Königliches Kreisgericht.

Der Subhastations-Richter.

Wiener.

Bekanntmachung.

Zu dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns **E. J. Dammann** zu Neutomysl ist nachträglich von den Kaufleuten **Emil Großmann** und **Carl Fitzner** zu Graustadt eine Forderung von 20 Thlr. 5 Sgr. ohne Beanspruchung eines Vorrechts ange meldet.

Termin zur Prüfung dieser Forderung ist auf

den 22. Februar c.

Vormittags 10 Uhr

vor dem unterzeichneten Kommissar anberaumt, wovon die Gläubiger, welche ihre Forderungen angemeldet haben, in Kenntniß gesetzt werden.

Grätz, den 29. Januar 1870.

Königliches Kreisgericht.

Der Kommissar des Konkurses.

v. Proszinski.

Freitag den 11. d. Mts., 11 Uhr Vormittags, sollen in den Kurniker Forsten (Revier Czmoń I.) 120 Stück Kiefern-Bauholz im Wege des Meistgebots verkauft werden.

Die Forstverwaltung.

Ein frequenter Gasthof mit 7 Piecen, 1 großen Tanzsaal und Stallung zu 26 Pferden, ist in einer Provinzial- u. Garnisonstadt zu verkaufen. Preis 6500 Thlr., Anzahlung 1500 bis 2000 Thlr. Hypotheken fest. Nähere Auskunft ertheilt nur Selbstäufern

J. Schwarzwald sen.,
Fraustadt.

Trockenes starkes Eichen-Schnüppelholz
a Klafter 4 Thlr., offerirt

Jeremias & Lippmann,
Graben 5.

Sitzung der Stadtverordneten zu Posen

am 9. Februar 1870, Nachmittag 4 Uhr.

Gegenstände der Berathung.

- 1) Schulhausbauten.
- 2) Bau der Wallstraßebrücke.
- 3) Anlegung von feuerfesteren Treppen im Stadt-Theater.
- 4) Neubau eines massiven Kanals hinter der Bernhardiner-Kirche.
- 5) Reparatur der Brücke auf der Columba-Straße.
- 6) Neubau eines Theiles des Kanals durch die geistlichen Gärten.
- 7) Wahl des Armen-Vorstehers für den XX. Bezirk.
- 8) Wahl zweier Mitglieder in das Kuratorium der Realschule.
- 9) Niederlassung des Joseph-Bewandowski.
- 10) Persönliche Angelegenheiten.

Gerichtlicher Ausverkauf!

Die zur Konkursmasse der Handlung **J. D. Katz & Sohn** hier gehörigen Waarenbestände, und zwar:

Esche Havanna-, Hamburger und Bremer Cigarren in Partieen von mindestens 25 Stück, Cigarretten und türkische Tabake, Rauchrequisiten, namentlich eine Partie seine Meerschaumschalen

werden von Dienstag den 8. Februar c. ab, an den Wochentagen Vormittags von 10—1 Uhr und Nachmittags von 3—6 Uhr in dem Geschäftskontor

Wilhelmsstraße Nr. 8

ausverkauft.

Hugo Gerstel,

Gerichtlicher Verwalter der Konkursmasse **J. D. Katz & Sohn**.

Mein hier selbst belegenes Hotel, nebst Material und Schankwirtschaft bin ich Willens zu verkaufen.

Wronke.

L. Krüger.

Mein hier selbst belegenes Hotel, nebst Material und Schankwirtschaft bin ich Willens zu verkaufen.

Näheres auf portofreie Anfragen beim Eigentümer

Albert Schlarbaum

in Gnesen.

Schwäche, Frauenkrankheiten jeder Art, Weißfluß, Syphilis, Weichselkopf, auch ganz veraltete Fälle, heißt bestimmt der homöopathische Spezialarzt **Giersdorff**, Kochstr. 46 II., Berlin. Von 8—11½ und 3—5½ Uhr. Auch brieflich.

Epileptische Krämpfe (Fallsucht)

heilt brieslich der Spezialarzt für Epilepsie **Doctor O. Kullisch** in Berlin, Mittelstraße 6. — Bereits über hundert geheilt.

Asyl für gemüths- u. nervenfranke Israeliten.

Aufnahme finden Kränke beiderlei Geschlechtes. Gesunde freundliche Lage. Billige Pension. Rost genau nach jüdischem Ritus. Prospekte gratis.

Bayreuth (Bayern), 1. Februar 1870.

Dr. Würzburger.

Für Haarleidende.

Unterzeichnete stellt das Ausfallen der Haare in 8—14 Tagen, befördert auf haarlosen Stellen, dünnen Scheiteln oder frantem Haare in wöchentlicher Pflege neuen kräftigen Haarwuchs und stellt auf Platten oder Kahlköpfen, selbst wenn man Jahre lang daran gelitten, nach Beenden in ¼, bis 1 Jahr den Haarwuchs wieder her, wie auch Krankheiten der Kopfhaut, z. B. Schuppen, Schuppen, die Unhäufigkeit und schmerzhafte Biehen der Kopfhaut, der in der jetzigen Zeit so überhand genommene Pilzauftreib, das frühzeitige Grauen der Haare u. s. w. durch sein eigenhümliches Verfahren durch rationelle Pflege der Kopfhaut gründlich unter Garantie von ihm gehoben werden. Briefe werden franco erbeten, bei älteren Nebeln ist persönliche Rück sprache unerlässlich.

Julius Scheinlich aus Löbau (Sachsen).

lebt Dresden, Schöffergasse 17, Börsenhalle III.

Zeugnisse von Personen, die durch mein Verfahren das Haar wieder erlangt haben, liegen zur Einsicht vor und werden auf Verlangen zugesandt.

Den vielseitigen Wünschen des geehrten Publikums nachzukommen, bin ich in Posen Freitag den 11. Februar im **Hôtel de Dresden**, für Damen von 10—12 Uhr Vormittags, für Herren von 1—5 Uhr Nachmittags zu sprechen.

Mehl-Niederlage.

Sur Bequemlichkeit meiner geehrten Kunden habe ich Herrn **H. Kirsten Ww.**

hier, Bergstraße 14, eine Mehl-Niederlage übergeben und werden dort gemacht Bestellungen von $\frac{1}{2}$ Ctn. und aufwärts frei ins Haus geliefert.

J. Kratochwill.

Im Zerniker Walde, Revier Welna bei Janowiec, werden sieferne Bau- und Schneidehölzer täglich durch den Förster Gletzer verkauft.

He u.

Mittwoch früh treffe hier mit 300 Cir. Neßbrücher Heu ein, und ist solches à 1 Thlr. per Cir. wie bisher bei mir zu haben.

W. Lewinsohn,
Gr. Gerberstraße 29, im Laden.

Ein frequenter Gasthof mit 7 Piecen, 1 großen Tanzsaal und

Stallung zu 26 Pferden, ist in einer Provinzial- u. Garnisonstadt

zu verkaufen. Preis 6500 Thlr., Anzahlung 1500 bis 2000 Thlr.

Hypotheken fest. Nähere Auskunft ertheilt nur Selbstäufern

J. Schwarzwald sen.,
Fraustadt.

Trockenes starkes Eichen-Schnüppelholz
a Klafter 4 Thlr., offerirt

Jeremias & Lippmann,
Graben 5.

Ein Rittergut 1088 M. M. Kr. Wongrowitz (Posen) 4 M. von Nakel Eisenbahnstation), sowie ein Gut 462 M. M. Kr. Löbau (Westpreußen) 1 Meile von Thorn — Insterburger Eisenbahn-Station — beide Güter hart an der Chaussee mit vollständigem todten und lebendigen Inventarium — Boden sehr gut sind vortheilhaft zu kaufen. Näheres durch das mit Verkauf beauftragte Handlungshaus von

Alexander Chrzanowski, Thorn W. Pr. Kopfübel, dicke Hals, Drüsen, überhaupt Stroph. Krankheit behandelt brieslich und heißt nachweisbar gründlich Spezialarzt Dr. Henry Herz in Stuttgart.

Einige hundert Schöck gute Blasenstäbe offerirt von seinem Lager

R. Damme,

in Danzig.

Bau- und Nuhholzverkauf.

In dem ¼ Meile von Stęszewo, an der Chaussee, belegene Witobel, Walde liegen vom diesjährigen Einstrike mehrere Hundert Stämme sieferne Mittel- und Kleinhölzer, Weißstämme und Spaltkästen, so wie eine Partie für Tischler und Stellmacher brauchbares birkenes Rugholz zum Verkauf an den Meistbietenden, wozu am 18. Februar c., Vormittags 10 Uhr, im Forsthaus Witobel Termin ansteht.

Die Forstverwaltung.

4½ Thaler

kosten die Klafter trockenes Kiefernholz bei

Louis Brock,

Graben 3 b.

Walnukuchen

als vorzügliches Viehfutter empfiehlt

Naumann Werner,

Wilhelmsstraße 18.

Herrn Beik, Antonin.

Von dem mir geschickten Heu gefällt mir der Preis, nicht aber das Heu, da es sauer ist.

W. Lewinsohn,

Futterhändler.

Amerikan. Pferdejahr-Mais,

Thymothée, engl. Rhengras,

Roth- und Weiß-Alsesaat,

sowie sämtliche Samenarten,

ächt Peru-Guano, Knochen-

mehl, Superphosphate,

und sonstige künstlichen Düngemitteln offeriert

Naumann Werner,

Wilhelmsstraße 18.

Dominium Szewce

bei Bük hat 100 mit Futterfutter ernährte

Fettthammel

zum Verkauf.

80 Hammel,

50 Nutterschafe

stehen als Fettvieh zu verkaufen.

Dom. Biskupice

In meinem Verlage ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Statistisches Handbuch der Provinz Posen,

enth.: die Instanzen-Notiz der Provinz, d. i. den Nachweis des Personenstandes sämtlicher Civil-, Militär-, Verwaltungs- u. Justiz-Behörden, der Geistlichkeit und der Kreditinstitute, sowie ein Verzeichniß sämtlicher Kreise und Städte mit ihren vollständigen Beamten-Personenstände, Fabriken u. Rittergütern, Gütern, größerer Gütern. Besitzungen, Dörfern u. Städten z. Z. mit ihren Besitzern, Bürgern, Überführern u. c. c. — Zweite bedeutend erweiterte Aufl. Preis brod. 1 Thlr. 10 Sgr., geb. 1 Thlr. 13 Sgr.

Louis Türk, Wilhelmstr. 4.

Höchst billig und praktisch!

Für Schule und Haus, Handel und Gewerbe.
Im Verlage von Goerlich & Coch in Breslau ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Die neue Maß- und Gewichtsordnung,

nebst Tabellen zur Umrechnung der Preise. Von J. Rücker, Lehrer. (16 S. mit Umschlag, dritte Auflage, Preis 1 Sgr., in Parthen billiger) Ausgabe in polnischer Sprache vom Seminarlehrer Nachbar. Preis 1½ Sgr.

Die Dezimal-Bruchrechnung und deren Anwendung beim Rechnen mit den neuen Maßen und Gewichten. (Preis 1½ Sgr.)

Wandtafel des neuen Maßes und Gewichtes. (Dritte Auflage. Preis 6 Sgr.) Nicht nur die Volksschule ist berufen, die Jugend mit diesem vollständig veränderten Wissenswege rechtzeitig vertraut zu machen, Jedermann fühlt das Bedürfnis hierüber in's Klare zu kommen; durch die hohen Behörden zur Einführung in den Schulen empfohlen, in vielen schon im Gebrauch, sind diese drei einander ergänzenden Werke der jüngste Wegweiser zum Biele.

Die Thonwaren-Fabrik

in Staroleka bei Posen

sucht zum Verkauf ihrer Steinzeug- und Kobylepoler-Begüß-Erzeugnisse, als: Bierkrüzen, Kransen, Krüge, Töpfe, Schüsseln u. dgl.

geeignete Agenten.

Meldungen nimmt entgegen Herr A. Kunkel jun. in Posen.

In der Bekanntmachung des Nähmaschinen-Fabrikanten

Die Brennerei-Gehilfenstelle zu Kikowo per Wronke ist bereits besetzt.

Die bereits bestehende erste polnische mechanische Wäsche-Fabrik

und die noch diesen Monat in Betrieb kommende Dampf-Glanz-, Wasch- und Patent-Bügelaufzustellung in Breslau beauftragt Agenturen in Schlesien und Posen zu errichten. Geeignete Bewerber wollen sich bei dem Unterzeichneten melden, der alsdann die näheren Bedingungen mittheilen wird.

Diese Agentur dürfte jedem treibamen und fleißigen Agenten einen sicherem auoreichenden Erwerb bieten.

H. Fränkel, Breslau,
Sonnenstraße 14.

Einen Lehrling

christlicher Konfession, der beiden Landessprachen mächtig ist, suche ich zum sofortigen Antritt für mein Colonialwaren-, Wein- und Cigarren Geschäft.

Louis Citron
in Gnesen.

Wir suchen einen

Reisenden

für unsere Cigarren-Fabrik zum sofortigen Antritt. Es sollen sich Reflectanten an uns schriftlich wenden.

Garb a. o., den 4. Februar 1870.

Gebr. Lipschütz.

Ein junger Mann aus anständiger Familie, der die Landwirtschaft erlernen will, kann sich melden. Gnesen, im Februar 1870.

M. Freyschmidt.

Ein junger Mann, der 3 Jahre in einem Galanterie- und Kurzwarengeschäft fungierte, sucht pr. 1. April c. anderweitige Stellung. Gutes Beugnis zur Seite. Gef. Offerten werden unter M. B. Gnesen erbeten.

Börse zu Posen

Berlin, den 7. Februar 1870. (Wolff's telegr. Bureau.)

Not. v. 5 v. 4

Woggen, fest.					
lau. Monat . . .	41	40			
April-Mai . . .	41	41			
Mai-Juni . . .	42	41			
Juni-Juli . . .	43	43			
Kanall. nicht gem.					
Brühöl, fest.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			
Ölritus, behauptet.					
lau. Monat . . .	12	12			
April-Mai . . .	12	12			</td

